

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Die Entzauberung religiös-politischer
Parteien in der arabischen Welt
Muna Duzdar

Neustart für
Europa?
Ulrich Brand

Was will
SYRIZA?
Euclid Tsakalotos

Zum Kern
des Problems
Ludwig Dvořák



EDITORIAL

Ende Dezember, gleiches Thema, zwei Welten. Das Thema: Die sinkende Belagsdichte in Wohnungen, weniger Personen wohnen auf größerer Fläche. Die zwei Welten: Der Fachgruppenobmann der Immobilientreuhänder sieht darin einen neuen Grund, die Preise für bestehende Altmietverträge erhöhen zu wollen. Die billigen Altmieten würden nämlich Fehlbelegungen begünstigen. Das trifft tatsächlich zu. Warum soll jemand eine 50m²-Wohnung zu einem gegenwärtigen Preis beziehen, den er für eine vor 20 oder 30 Jahren bezogene 100m²-Wohnung nicht zahlt? Es erfordert schon einen gewissen Mut, die skandalöse Verteuerung der Mietpreise im privaten Wohnsektor in den letzten Jahren nun als Argument nutzen zu wollen, auch nachträglich bei AltmieternInnen abzukassieren. Dabei präsentierte Wiens Wohnbaustadtrat Michael Ludwig zum gleichen Problem ein anderes marktorientiertes Modell, das auf ältere MieterInnen abzielt: Wer eine vor Jahrzehnten bezogene und nun zu groß gewordene Wohnung aufgibt, erhält eine neu ausgestattete Kategorie-A-Wohnung um einen um 35% reduzierten Mietpreis. Auch wenn es auch hier Einwände geben mag: Die einmal mehr zutage tretende Unverschämtheit der privaten Immobilienwirtschaft in der gegenwärtigen Marktsituation, unterstreicht den zuletzt in ZUKUNFT 12/2014 thematisierten Bedarf an einer transparenten gesetzlichen Regelung des Mietpreissektors.

In dieser Ausgabe analysiert **Muna Duzdar** eingangs den Wahlausgang in **Tunesien**. Die **Niederlage der Islamisten** zeige, dass deren Erfolge in freien Wahlen kein Naturgesetz sei. Eine breite **gesellschaftliche Mobilisierung** habe die **Islamisten von der Macht verdrängt**. Die Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung autoritärer politischer Systeme im arabischen Raum sei daher keineswegs alternativenlos, sie bereite vielmehr den Nährboden für eine weitere Stärkung der Islamisten.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe ist einer Beschäftigung mit der griechischen Partei SYRIZA gewidmet, die gute Chance hat, nach den Parlamentswahlen am 25.01.2015 stärkste Kraft zu werden

Uli Brand argumentiert in seinem Beitrag, warum ein Sieg von **SYRIZA** bei den griechischen Parlamentswahlen

nicht nur nicht schädlich für Europa, sondern im Gegenteil sogar ein dringend erforderlicher Impuls für ein anderes Europa sein könnte.

Katerina Anastasiou und **Valentin Schwarz** von der Initiative »Griechenland entscheidet« haben für die ZUKUNFT den früheren PASOK- und nunmehrigen SYRIZA-Abgeordneten und Gewerkschafter **Dimitrios Tsoukalas** interviewt. Das Gespräch macht anschaulich, wie wünschenswert es in Hinblick auf notwendigerweise entstehende Konfliktlinien ist, das Entstehen eines politischen Vakuums, das zum Bruch des sozialdemokratischen Lagers führt, zu vermeiden.

Euclid Tsakalotos, Ökonom an der Athener Universität und **Koordinator des Wirtschaftsprogramms von SYRIZA** skizziert schließlich die **budget- und wirtschaftspolitischen Standpunkte** seiner Partei.

Ludwig Dvořák analysiert das in den letzten Wochen vieldiskutierte Ergebnis **des SPÖ-Bundesparteitags**. Statt grundsätzliche politische Fragen zu übergehen und sich auf eine Personaldebatte zu beschränken, sollten die hundert Streichungen am Parteitag als Signal aufgefasst werden, das politische Profil zu stärken und dieses nicht nur rhetorisch, sondern in der praktischen Politik erlebbar zu machen.

Der **Hypo-Bericht der Griss-Kommission** und was daraus abzuleiten ist, beschäftigt **Josef Falkinger** in seinem Beitrag.

Thomas Nowotny repliziert in seinem Beitrag auf zwei Texte aus ZUKUNFT 12/2014 und beschäftigt sich mit der Vereinbarkeit von Markt und Vision.

Das »**Europäische Jahr der Entwicklung**« und seine Bedeutung für die EU-Politik beschäftigt schließlich **Stefan Brocza**.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Vorraussage des Weisen Houellebecq:
»2015 verliere ich meine Zähne.
Und 2022 mache ich den Ramadan.«

6 Die Entzauberung religiös-politischer Parteien in der arabischen Welt

VON MUNA DUZDAR

Schwerpunkt **Wahlen in Griechenland**

12 Neustart für Europa?

VON ULRICH BRAND

16 Das Schuldenproblem

INTERVIEW MIT DIMITRIOS TSOUKALA

20 Was will SYRIZA?

VON EUCLID TSAKALOTOS

24 Zum Kern des Problems

VON LUDWIG DVOŘÁK

30 Der Hypo-Skandal

VON JOSEF FALKINGER

36 Markt oder Visionen

VON THOMAS NOWOTNY

42 Europäisches Jahr der Entwicklung

VON STEFAN BROČZA

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

Die Entzauberung religiös-politischer Parteien in der arabischen Welt

Die freien Wahlen in Tunesien haben mit einer deutlichen Niederlage der Islamisten geendet. Muna Duzdar, die sich seit Jahren intensiv mit der politischen Lage Tunesiens beschäftigt, stellt die Hintergründe der Wahlen dar.

Während über lange Zeit die islamistischen Bewegungen in der arabischen Welt als vermeintlich demokratische Bewegungen galten, die in Opposition zu (säkular-westlichen) autoritären Regimen, viel Popularität in den Bevölkerungen genossen, brachten die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Tunesien eine klare Niederlage der Islamisten. Bereits die Parlamentswahlen im Oktober 2014 haben mit der Mär gebrochen, dass die Entstehung von Demokratien in arabischen Staaten, automatisch islamistische Bewegungen profitieren und Siege davon tragen lassen. Tunesien hat als erstes arabisches Land mit einer homogenen islamisch-sunnitischen Bevölkerung (99% MuslimInnen) bewiesen, dass MuslimInnen sehr wohl in ihrer Wahlentscheidung den Unterschied zwischen Islam als Religion und Islamismus als politisch-religiöse Ideologie mit dem Anspruch, Religion zu politischen Zwecken einzusetzen, erkennen und sie haben in einer mehrheitlichen Entscheidung für die Trennung von Religion und Politik votiert.

WAHLEN

In Tunesien fanden am 26. Oktober 2014 die Parlamentswahlen und wenige Wochen darauf die Präsidentschaftswahlen statt. Letztere endete mit einer Stichwahl am 21. Dezember 2014. Es sind die ersten Legislativwahlen und auch Präsidentschaftswahlen seit dem Sturz des autoritären Machthabers Ben Ali vor vier Jahren. Damals fanden die ersten freien Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im Oktober 2011 statt. Die gewählte Versammlung hatte die Aufgabe, innerhalb eines Jahres eine neue tunesische Verfassung zu beschließen, die der jungen Demokratie eine neue Rechtsgrundlage geben sollte. Bei dieser Wahl ging die islamistische Partei Ennahda (»Renaissance«) als Wahlsiegerin hervor. Viele verschiedene Faktoren waren damals für diesen Wahlsieg ausschlaggebend,

unter anderem der Umstand, dass die tunesische Bevölkerung sicher gehen wollte, keine Parteien und Personen zu wählen, die dem alten System nahe standen. Hierfür erschienen ihnen die Islamisten als sicherste Garanten. Hinzu kam, dass das nicht-religiös-politische Lager in dutzende Parteien zersplittert war. Nach diesem Wahlsieg der Islamisten in Tunesien vor drei Jahren war die anfängliche Euphorie über den arabischen Frühling schnell verflogen. Während man lange Zeit im Westen der Annahme war, dass gerade diese Region der Welt nicht demokratiefähig sei – das läge natürlich an der Eigenart der Kultur und Religion –, konnte gerade diese These mit den unerwarteten spontanen Demokratiebewegungen entkräftet werden.

Als die Islamisten jedoch die Wahlen gewannen, war man sich wieder schnell gewiss, dass Demokratien in diesen Ländern ohnehin nur den Islamisten zur Macht verhelfen würden. Eine Schlussfolgerung war, der arabische Frühling gehe zu Lasten der fortschrittlichen Kräfte in der arabischen Welt und die autoritären Systeme wären doch besser als die Demokratien, die letztlich diese Ländern nur den Islamisten überantworten würden.

Bei dieser Analyse wird jedoch zur Gänze außer Acht gelassen, dass die islamistischen Bewegungen in der arabischen Welt seit der Gründung der arabischen Nationalstaaten, nach Erlangung der Unabhängigkeit von den europäischen Kolonialstaaten, nie die Möglichkeit gehabt hatten, Regierungsmacht auszuüben. Diese Nationalstaaten arabisch-nationalistischer und arabisch-sozialistischer Prägung waren nicht imstande, ihren Bevölkerungen den versprochenen Wohlstand zu bringen und reagierten auf den immer größer werdenden Unmut ihrer Völker mit immer größerer Autorität und dem

Ausbau ihrer Geheimdienste. Dies hat die säkularen Ideologien diskreditiert, mit »westlich-säkular« verband man zunehmend Regime, die ihren Völkern Demokratie vorenthielten und zu Polizei- und Geheimdienststaaten mutierten. Für die islamistischen Bewegungen war es nunmehr ein leichtes Spiel geworden, die Menschen glauben zu lassen, dass diese Ideologien gescheitert wären, weil sie nicht zuletzt ein europäischer Import seien, und es wäre doch nun an der Zeit, sich von westlichen Ideologien der einstmaligen Kolonialherren loszulösen, und sich wieder auf die eigene kulturelle Identität und Religion des Islam zu besinnen. Sie propagierten die Religion des Islam als politisches Allheilmittel und positionierten sich als demokratische Opposition zu den autoritären westlichen Regimen. In den Köpfen der Menschen blieb übrig, der Islam bringe Demokratie und Freiheit, während säkular-westliche Ideologien Diktaturen und wirtschaftlichen Misserfolg gebracht hätten.

Diese Entwicklung ging einher mit den seit den 80er-Jahren von den internationalen Finanzinstitutionen oktroyierten Sparprogrammen und dem Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung. Wo der Staat seine ureigensten Funktionen nicht mehr erfüllte, wie im Bereich der Gesundheit und der Armenversorgung, waren die islamistischen Bewegungen zur Stelle – versteckt im Mantel karitativer Organisationen. Vor diesem Hintergrund ist die Machtübernahme der islamistischen Bewegungen in den ersten demokratischen Wahlen nach jahrzehntelangen autoritären Regime in arabischen Ländern zu sehen.

SOZIALE GRUNDWERTE

In Tunesien hat eine jahrzehntelang anhaltende fortschrittliche Sozial- und Bildungspolitik und eine sehr gebildete Beamten- und Funktionärsschicht zu einer Verfestigung von sozialen Grundwerten in der tunesischen Gesellschaft geführt. Gleichwohl wurde auch Tunesien ab den 80er-Jahren von der neoliberalen Welle erfasst.

Trotzdem hat das avantgardistische arabische Land Tunesien sich in den letzten Jahrzehnten – weitgehend von Europa und dem Westen unbemerkt – durch eine gesellschaftspolitisch fortschrittliche Politik ausgezeichnet. Eine Politik der Gleichberechtigung von Frau und Mann, des sozialen Fortschritts und Bildung für alle, haben das Land wesentlich verändert, ohne dass es mit seiner kulturellen Vergangenheit und seiner islamischen Tradition radikal gebrochen hätte. Tunesien hat nach der Erlangung seiner Unabhängigkeit von Frank-

reich bereits in einem seiner ersten Beschlüsse im Jahr 1956 die Polygamie, die Zwangsehe und den ehelichen Verstoß abgeschafft und unter strafrechtliche Sanktion gestellt. Es ist das arabische Land mit einer der geringsten Analphabetenrate, innerhalb von vier Jahrzehnten konnte die Analphabetenrate von 70 % auf unter 30 % gesenkt werden. Während in Ägypten die Bevölkerung jedes Jahr um eine Million Menschen wächst, hat das Land sein Bevölkerungswachstum mit einer Politik einer gesteuerten Familienplanung konstant halten können. In Tunesien ist die Pille kostenlos und die Abtreibung seit Ende der 60er-Jahre straffrei. In keinem anderen arabischen Land genießen Frauen so viele Rechte wie in Tunesien, in keinem anderen arabischen Land sind Männer so stolz auf gerade eben diese Errungenschaften im Bereich der Gleichberechtigung der Geschlechter.

ISLAMISTEN

Die Islamisten gelangten in Tunesien erstmals nach ihrem Wahlsieg im Oktober 2011 an die Macht. Sie koalierte mit zwei kleinen säkularen Parteien und bildeten die Regierung der Troika, doch war die islamistische Partei in der Regierung federführend. Eine neue Erfahrung begann für dieses Land. Die tunesische Bevölkerung kannte die politische Partei *Ennahda* als Regierungspartei nicht, sie wurde vor allem als sicherer Kontrapart zu Ben Ali gewählt und für viele TunesierInnen war die Sache klar: Aus welchen Gründen sollte denn ein durchschnittlicher tunesischer Bürger nicht eine Partei wählen, die sich islamisch nennt, wo doch 99 % der TunesierInnen Muslime sind?

In diesen drei Jahren der Machtergreifung hat die islamistische Partei den Tunesiern und Tunesierinnen vorgeführt, worum es ihr politisch geht und welche politischen Ziele sie verfolgt. Die tunesischen BürgerInnen haben angesichts des öffentlichen politischen Diskurses dieser Partei nach der Machtergreifung erkannt, dass es ihr um eine grundlegende Änderung der tunesischen Gesellschaft geht, hin zu einer in allen Bereichen religiös bestimmten Gesellschaft konservativ-religiöser Prägung. *Ennahda* ist kläglich daran gescheitert, ein aufgeschlossenes Land, das sich jahrzehntelang philosophisch und kulturell mit der Vereinbarkeit von Islam und Moderne auseinandergesetzt hat, eine streng religiös-konservative Prägung aufs Auge zu drücken.

Viele TunesierInnen, die seit eh und je in einer sehr aufgeschlossenen Islam-Tradition gelebt haben, erzürnte es am meisten, dass Politiker einer bestimmten Partei geglaubt ha-

ben, ihnen plötzlich Vorgaben machen zu können, wie sie ihre Religion zu leben haben und in welchen Gesellschaftsbereichen Religion zu gelten hätte. Es brachte viele auf, dass eine politische Partei glaubt, ein Monopol darüber zu besitzen, Religion auslegen zu dürfen. Die Grundwerte der Gleichberechtigung und der sozialen Gerechtigkeit sind im kollektiven Bewusstsein der tunesischen Bürgerinnen und Bürger zu stark ausgeprägt, als dass eine politische Partei welcher Art auch immer ein neues religiös-konservatives Gesellschaftsmodell aufkotzen könnte. Die Empörung war unter den Frauenorganisationen und der tunesischen Zivilgesellschaft groß, als unter der Regierung der *Ennahda* wieder die Rede von der Polygamie, der Senkung des Heiratsalters, der Abschaffung der Abtreibung war. Verbale Angriffe auf alleinerziehende Frauen und Diffamierungen von Frauenorganisationen standen plötzlich auf der Tagesordnung.

Nicht nur der Versuch der *Ennahda*, mit politischen Ideen das Land religiös-kulturell verändern zu wollen, sondern auch das Sicherheitsvakuum, das in einer von der *Ennahda* geführten Regierung und eines der *Ennahda* unterstehenden Innenministeriums existierte, sorgte für große Verunsicherung in breiten Teilen der Bevölkerung. Plötzlich traten salafistische Gruppierungen an die politische Oberfläche, die Frauen attackierten und etliche Moscheen unter ihre Kontrolle brachten, Heiligtümer und Mausoleen von Sufi-Gelehrten zerstörten. Der Sufismus als eine spirituelle Ausprägung des Islam ist in Tunesien sehr populär und verbreitet in der Bevölkerung. Die Zurückhaltung bei der Verfolgung dieser Straftaten lastete man der *Ennahda* an, der das Innenministerium unterstellt war. Nicht zuletzt die Ermordung zweier linker Oppositionspolitiker im Februar und Juli 2013 hat den Zorn der Bevölkerung gegen die *Ennahda* entfacht. Beide Politiker, Chokri Belaïd und Mohamed Brahimi, hatten mehrfach Todesdrohungen bekommen und hatten mehrfach vergeblich um Schutz angesucht. Wegen der laschen Sicherheitsvorkehrungen wurde der *Ennahda* Komplizenschaft mit den Mördern unterstellt.


All diese Entwicklungen in den letzten drei Jahren haben das Land in seinen Grundfesten erschüttert und das weltlich-politische Lager wach gerüttelt. Vor dem Hintergrund dieser politischen angespannten Lage trat Beji Caid Essebsi auf den Plan. Er selbst bezeichnet sich als Schüler Habib Bourgibas, der jahrzehntelang das Land geprägt hatte und für all die oben beschriebenen sozialen Reformen steht. Habib Bourgiba gilt in Tunesien, trotz seiner jahrzehntelangen Ein-Parteien-

Herrschaft als positive Vaterfigur. Während auf Habib Bourgiba stets positiv Bezug genommen wird, ist sein Nachfolger Ben Ali, der sich 1987 an die Macht putschte und bis 2011 autoritär regierte, verhasst. Ben Alis polizeistaatliche Methoden wurden gegenüber Bourgibas deutlich verschärft. Auch die Korruption nahm unfassbare Ausmaße an, Ben Ali nutzte seine politische Position, um Geld, Einfluss und wirtschaftliche Macht unter seiner Familie aufzuteilen. Beji Caid Essebsi war unter Habib Bourgiba Außenminister sowie Innenminister gewesen, unter Ben Ali war er ein Jahr Parlamentspräsident. Viele seiner Gegner versuchen Essebsi zu diskreditieren, indem sie ihn in die Nähe Ben Alis rücken. Es muss jedoch festgestellt werden, dass dies zu einem Zeitpunkt war, als zumindest vage Hoffnungen bestanden, dass Ben Ali das Land demokratisch öffnen würde, eine Hoffnung, die sich in kürzester Zeit zerschlug.

BASCHBUSCH

Der 88-jährige Beji Caid Essebsi (der Volksmund verniedlicht ihn als »Baschbusch«) konnte sich bei der Stichwahl gegen Moncef Marzouki, der zwar als unabhängiger Kandidat angetreten war, jedoch vom islamistischen Lager unterstützt wurde, als Staatspräsident Tunesiens durchsetzen. Es war Essebsi, der im Juni 2012 die Partei *Nida Tounes* (»Aufruf Tunesiens«) gegründet hatte. Als Beweggrund für sein nochmaliges politisches Engagement gab er im Oktober 2014 an, dass er es für notwendig befunden habe zu handeln, nachdem er gemerkt habe, dass sein Land das politische Gleichgewicht verloren hätte.

Als er im Februar 2012 eine Versammlung aller politisch-säkularen Kräfte in Mounastir (Geburtsort Habib Bourgibas) initiiert hatte, lag ihm daran, eine Fusion und einen Zusammenschluss der weltlich-politischen Parteienlandschaft zu erwirken, die seines Erachtens zu sehr zersplittert war. Der Versuch des Zusammenschlusses scheiterte, im Juni 2012 wurde dann *Nida Tounes* gegründet, eine säkulare Partei, die liberale Kräfte, SozialdemokratInnen, Linke und Gewerkschaften vereinte, um eine Gegenmacht zur *Ennahda* zu bilden. Zwei Jahre lang dauerte der Aufbauprozess. Die Angst der Tunesierinnen und Tunesier, die *Ennahda* könnte einen Sieg erringen und ihre Macht im Land ausbauen, hat viele wachgerüttelt und zum politischen Handeln im Rahmen von *Nida Tounes* motiviert. Eine tunesische Frauenrechtlerin sagte mir, dass die Tatsache, dass *Ennahda* verloren hätte, ein Verdienst der tunesischen Zivilgesellschaft wäre, die drei Jahre lang auf der Straße gegen *Ennahda* protestiert hätte.

Nida Tounes ist bei den Parlamentswahlen mit 39% als Siegerpartei hervorgegangen. Bei den Präsidentschaftswahlen gewann Essebsi die Stichwahl. Erstmals in einem arabischen Land verlor damit eine islamistische Partei in wirklich freien und demokratischen Wahlen. Die Regierungsausübung hat ihr wahres politisches Gesicht zum Vorschein gebracht und dargelegt, dass man mit religiösen Slogans allein keine Politik machen kann, vor allem nicht die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Land in den Griff bekommen. Dies könnte ein politischer Wendepunkt sein. Vor allem hat die *Ennahda* eines nicht verstanden: Es gibt nicht den Islam, es gibt nationale, regionale, lokale Eigenheiten, die sich die Tunesierinnen nicht nehmen lassen. Und schon gar nicht wollen sie sich ihre religiösen Besonderheiten ersetzen lassen durch einen globalisierten Islam mit Prägung aus der arabischen Halbinsel, allen voran dem politischen Freund der *Ennahda*, nämlich Qatar. Die politische Instrumentalisierung einer Religion ist zudem kein Ersatz für die Lösung der drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes, die auch für die neue Regierung die Nagelprobe sein werden. 

MUNA DUZDAR

ist Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderat und seit Jahren Beobachterin der politischen Lage in Tunesien. Im April 2014 gehörte sie zu den OrganisatorInnen der Konferenz »Tunesien – Hoffungsland des Arabischen Frühlings« in Wien, an der zahlreiche VertreterInnen tunesischer Gewerkschaften, Frauenorganisationen und Kommunen teilnahmen.

In der Bildstrecke erinnern wir an Stéphane Charbonnier (Charb), Jean Cabut (Cabu), Georges Wolinski (Wolinski), Philippe Honoré und Bernard Verlhac (Tignous), die fünf beim Anschlag auf »Charlie Hebdo« ermordeten Karikaturisten.



Gutes Neues Jahr!
Das wichtigste ist die Gesundheit.

Neustart für Europa?

Prognosen zufolge dürfte SYRIZA Ende Jänner stimmenstärkste Partei bei den Wahlen in Griechenland werden. Ulrich Brand argumentiert, warum ein Wahlsieg von SYRIZA zum Katalysator für Europa werden könnte.

Die Wahl in Griechenland könnte zu einem Meilenstein der jüngeren Geschichte werden. Ein linker griechischer Ministerpräsident, der im Europäischen Rat über die Krisenpolitik mitdiskutiert und – entscheidet. Diese Vorstellung löst bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten einige Verunsicherung aus. Das zeigen die heftigen Reaktionen, seitdem am 29. Dezember feststand, dass es in dem südeuropäischen Land Parlamentswahlen geben wird. Bei Teilen des europäischen Establishments, so scheint es, ist aber mittlerweile eine Art Realismus eingekehrt. Spätestens seit der öffentlichen Kritik von Alexis Tsipras an den »Ammenmärchen« der deutschen Regierung wurde bei einigen der Ton gedämpft. Immer breiter wird anerkannt, dass eine linke Regierung in Griechenland kein Schreckgespenst ist und vielleicht sogar zu politischen Neuorientierungen führen könnte.

Die hitzigen Auseinandersetzungen zeigen: Der Wahlkampf in Griechenland sowie der Urnengang selbst haben eine europäische Dimension. Zum ersten Mal seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise wird die europäische Politik zu etwas gezwungen, was Politik eigentlich auszeichnet: Nämlich in Alternativen zu denken, solche zu skizzieren, zu begründen und sich dann zu entscheiden.

Das hat viel mit Macht und Interessen zu tun – genau das wird in diesen Wochen deutlich. Die Macht der Troika und der Vermögensbesitzer werden möglicherweise infrage gestellt. Politik muss sich künftig wohl stärker legitimieren und vom neoliberal-konservativen Prinzip *there is no alternative* Abschied nehmen. Die lähmende Alternativlosigkeit der neoliberalen Austeritätspolitik könnte aufgebrochen werden.

Politik könnte zudem zeigen, dass sie aus Fehlern lernt und nach anderen Möglichkeiten sucht, die Krisen zu bearbeiten.

CHANCE FÜR GRIECHENLAND

Drehen wir den politischen Spieß also mal um: Griechenland wird zum Experimentierfeld, um anders mit der Krise umzugehen. Staat und Wirtschaft werden erfolgreich restrukturiert, den Menschen werden stabile Arbeits- und Lebensverhältnisse ermöglicht, das Steuersystem wird reformiert, sodass die Vermögenden einen angemessenen Teil der Gemeinlasten tragen. Es gäbe effiziente öffentliche Investitionsprogramme – *horribile dictu* neoliberalen Denkens –, mittels derer die humanitäre Krise in den Bereichen Ernährung und Wohnen, Gesundheit und Bildung überwunden wird. Kriterium erfolgreicher Krisenpolitik wäre dann nicht, wenn die Finanzmärkte »beruhigt« sind und die Austeritätspolitik aufrechterhalten wird – so der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer, für den ein Wahlsieg Syrizas zu einer politischen Krise Europas führen wird.

Das wird alles nicht einfach. Wir sollten uns die Strukturprobleme nicht schönreden und es wird Stimmen in Europa geben, die für ein »kompromissloses Vorgehen« gegen eine neue griechische Regierung plädieren werden. Dennoch gibt es Handlungsspielraum. Beispielsweise könnte die regionale und lokale Ökonomie gestärkt werden. Damit wird keinem Protektionismus das Wort geredet! Aber sinnvolle Wirtschaftspolitik, die sich nicht dem »Kampffeld Weltmarkt« unterwirft, sondern innerhalb der internationalen Arbeitsteilung darauf besteht, dass es eine eigenständige Industrie-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik gibt. Das könnte zur dringend notwendigen Aufbruchstimmung in Griechenland führen.

EIN ANDERES EUROPA?

Europa wird zu einem für die Menschen überall positiv erleb-
baren Projekt. Erste Schritte wären kurzfristig das Ende der
Troika-Politik in Griechenland, Zeitgewinn durch Umschul-
dung und mittelfristige Neuverhandlungen der Schulden auf
Augenhöhe, um der neuen griechischen Regierung Spiel-
raum zu geben. Die proeuropäische Partei Syriza könnte zum
Katalysator werden eines ganz anderen Auswegs aus der Krise
in Griechenland und anderswo.

Es könnte endlich zu einer europäischen Schuldenkon-
ferenz kommen. Viele erkennen an, dass Griechenland die
Schulden nicht zurückbezahlen kann; es sei denn, um den
Preis dauerhafter Abhängigkeit. Verhandlungen sollten neben
einer europäischen Gesamtlösung um einen Teilschuldener-
lass für Griechenland gehen und, für die restlichen Kredite,
um der Wirtschaftsleistung angemessene Rückzahlungen. Das
wäre ein starkes politisches Signal an Menschen und Märkte,
dass nun ernsthaft und solidarisch an geeigneten Krisenstrate-
gien gearbeitet wird. Es würde transparent gemacht, wer ei-
gentlich derzeit an der Krise besonders verdient. Es gibt viel
zu verteilen, in Griechenland und anderswo. Das Buch von
Thomas Piketty zur historischen Entwicklung der Vermögen
hat eine breite Diskussion angestoßen.

Eine erfolgreiche Entwicklung in Griechenland würde
den rechten antieuropäischen und nationalistischen Kräften in
Europa politischen Wind aus den Segeln nehmen. Es stehen
in den kommenden Wochen intensive Diskussionen an. Was
wären die Konturen eines gerechten, demokratischen und
ökologischen Wohlstandmodells in Europa?


WAS IST WACHSTUM?

In den Kommentaren hört man immer nur die blasse For-
mel vom notwendigen »Wachstum«. Doch was bedeutet das
konkret? Was für konkrete Arbeitsplätze entstehen oder wer-
den erhalten – solche in der Rüstungsindustrie oder in mög-
lichst nachhaltiger industrieller Produktion? Arbeitsplätze als
schlecht bezahlte Tagelöhner in der industrialisierten Land-
wirtschaft oder in der ökologisch ausgerichteten Produkti-
on von Lebensmitteln? Wer entscheidet über die konkreten
Investitionen, die dann zu Wachstum führen sollen: Hedge-
Fonds auf der Suche nach Rendite oder verantwortliche Un-
ternehmer oder gar wirtschaftsdemokratische Verfahren? Das
sind Fragen, auf die Syriza Antworten geben möchte. Und es
sind solche, die wir in Europa insgesamt diskutieren sollten.

Voraussetzung dafür ist eine Isolierung der derzeitigen
deutschen Position. Man muss der österreichischen Regie-
rung derzeit positiv zugestehen, dass sie sich zumindest öf-
fentlich nicht auf die Seite der Nachbarn schlägt. Davon
ausgehend könnten neben einer anderen Kredit- und Schul-
denpolitik Auswege aus der Austeritätspolitik entwickelt wer-
den: Die Sicherung sozialer Standards und die Entwicklung
eines anderen Entwicklungsmodells, dass nicht finanzmarkt-
und kapitalgetrieben ist.

Das wären »europäische Werte« über jene hinaus, die nach
den dramatischen Ereignissen von Paris derzeit formuliert
werden. Viele PolitikerInnen fordern nach den Morden von
Paris »mehr Sicherheit« und meinen Aufrüstung und staatli-
chen Zugriff auf Staaten. Wie wäre es mit europäischen Wer-
ten von sozialer Sicherheit, gesellschaftlicher Verantwortung
und Politik gegen soziale Spaltung?

Abschließend: Was können relevante Akteure gerade in
Österreich – etwa progressive Politiker, Unternehmer und
Gewerkschaften – dazu beitragen, dass die Chance auf einen
Neubeginn in Europa nicht verstreicht? Auch diesbezüglich
hat der Wahlkampf in Griechenland europäischen Charakter.

Doch machen wir uns nichts vor: Eine von Syriza an-
geführte Regierung wird sofort unter Druck geraten. Selbst
wenn eine Neuverhandlung der Schulden sich als funktional
herausstellt und eine Abkehr von der Austeritätspolitik für
mehr Stabilität sorgt als bisher – viele werden das als Abkehr
vom Neoliberalismus feiern –, so bleiben die Kräfte des Fi-
nanzmarktkapitalismus weiterhin stark und werden versuchen,
ihre Interessen durchzusetzen. Neben anderen Krisenpoli-
tiken wird es mittelfristig darum gehen, neben der domi-
nanten neoliberal-imperialen Produktions- und Lebenswei-
se auch die bestehenden Kräfteverhältnisse grundlegend zu
verändern. Diese Diskussion ist erst am Anfang, muss aber
dringend geführt werden. Dazu bedarf es des Dissenses der
Eliten und der Stärkung ihrer progressiven Teile, aber auch
der Umorientierung der Bevölkerung und ihrer politischen
Interessenvertretungen. 

ULRICH BRAND

ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, u. a.
Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik« und
war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission »Wachstum,
Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages (2011-2013).
Er war Mitveranstalter einer Tagung zur Euro-Krise Mitte Dezember in
Athen. Bericht auf: www.univie.ac.at/intpol



Wenn Mohammed auf die Erde zurückkehrte.
»Ich bin Dein Prophet!« »Schnauze, Ungläubiger!«



Wenn du lieb bist, nehme ich dich mit zur Demo gegen die Schwulen.

»Das Schuldenproblem ist kein griechisches, sondern ein europäisches«

Der griechische Gewerkschafter Dimitrios Tsoukalas spricht über die griechische Partei SYRIZA und deren Haltung zu Europas Sozialdemokratie.

Am 25. Jänner wird in Griechenland ein neues Parlament gewählt. In den Umfragen führt die oppositionelle Linkspartei SYRIZA vor der konservativen »Neuen Demokratie« von Premierminister Antonis Samaras. Deren Koalitionspartner, die sozialdemokratische PASOK, erhielt 2009 noch über 40 Prozent der Stimmen, muss heute aber fürchten, an der Drei-Prozent-Hürde zu scheitern.

Für PASOKs Absturz wird allgemein ihre Unterstützung für die Austeritätspolitik, die die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds Griechenland seit 2010 aufzwingt, verantwortlich gemacht. Löhne, Pensionen und Arbeitslosengeld wurden stark gesenkt, ebenso die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit. Die Arbeitslosigkeit stieg auf bis zu 27 Prozent, unter Jugendlichen gar auf 60 Prozent. Die Wirtschaftsleistung fiel zugleich um rund ein Viertel. Die Rezession vertiefte sich schneller als das öffentliche Defizit gesenkt werden konnte. Als Folge stieg Griechenlands Staatsverschuldung, Auslöser der Troika-Intervention, weiter an – von 127 auf 175 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Die Wahl in Griechenland könnte zum Wendepunkt für die EU werden, denn eine mögliche Regierung unter Führung von SYRIZA wäre die erste in der EU, die sich offen gegen diese Politik stellt und bereit ist, den Konflikt mit den GläubigerInnen auszutragen. Doch wofür steht SYRIZA, außer für ein Ende der Austeritätspolitik? Wie will die Linkspartei Griechenlands die Krise beenden? Und welchen Kurs wird sie gegenüber ihren Partnerregierungen in der EU verfolgen?

Das folgende Interview mit Dimitrios Tsoukalas und der Beitrag von Euclid Tsakalotos (siehe Seite 20) wurden organisiert und übersetzt von Katerina Anastasiou und Valentin

Schwarz von der Initiative »Griechenland entscheidet«, die im Vorfeld der Parlamentswahl über die Lage vor Ort informieren und solidarische Unterstützung mit der griechischen Linken fördern will. Sie ist unter www.facebook.com/griechenlandentscheidet erreichbar.

ZUKUNFT: Während ihrer beruflichen Laufbahn waren Sie als Gewerkschafter und bei PASOK aktiv. Welche Werte und Einstellungen haben Sie ursprünglich dazu gebracht, sich politisch zu engagieren?

Dimitrios Tsoukalas: Meine Motivation war immer schon: Die ArbeitnehmerInnen müssen im ungleichen Kampf mit dem Kapital kontinuierlich stärker werden. Ich bin überzeugt, dass sie diese Macht nur in einigen, freien und demokratischen Gewerkschaften erreichen können. PASOK verstand sich zu meiner Anfangszeit noch als sozialistische Bewegung und vertrat die Prinzipien nationale Unabhängigkeit, Volkssouveränität und soziale Gerechtigkeit. All das hat mich dazu bewogen, mich der Partei anzuschließen. Auch Andreas Papandreou, der zweifellos eine bedeutende sozialistische Führungsfigur war, hat eine wichtige Rolle gespielt.

Sein Sohn Giorgos war schließlich für Ihren Bruch mit PASOK verantwortlich: Als Premierminister unterzeichnete er das Memorandum mit der Troika, sie verließen die Partei aus Protest. Wie schwierig war das für Sie?

Ich hatte mich zu dem Zeitpunkt bereits innerlich von PASOK distanziert – wegen ihres Rechtsrucks und des Bruchs mit den Prinzipien, die mir wichtig waren. Ich gebe aber zu, dass die Entscheidung emotional trotzdem nicht leicht für mich war.

Sie schlossen sich umgehend der Wahlliste »Nein zum Memorandum« an und kandidierten gegen PASOK. Was ist so schlimm am Memorandum?

Mit dem Memorandum hat Griechenland seine Souveränität an die Troika abgegeben und zugleich alle sozialen Errungenschaften abgeschafft, die die ArbeitnehmerInnen in 40 Jahren erkämpft hatten. Es ist der Grabstein jener fortschrittlichen Reformen, für die PASOK in früheren Regierungen gestanden war.

Wie bewerten Sie als Gewerkschafter die Folgen des Memorandums auf die Arbeitsrechte?

Das Memorandum hat das Verhältnis zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen untergraben, gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen legitimiert und die Arbeitsbedingungen flexibilisiert. Es hat eine Kürzung der Löhne um 40 Prozent und eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters um bis zu zehn Jahre mit sich gebracht. Heute, fünf Jahre nach der Unterzeichnung des Memorandums, fordert die Troika auch noch die Erleichterung von Massenentlassungen und eine de-facto Abschaffung des Streikrechts.

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren zahlreiche Streiks gegen diese Politik organisiert, den Kurs des Landes aber nicht ändern können. Woran liegt das?

Leider waren die Gewerkschaften nicht in der Lage, erfolgreichen Widerstand gegen die wiederholten Angriffe zu leisten. Gerade in den letzten Jahren wurden sie in die Strategie des Systems eingegliedert. Als Folge hat ihre Beziehung zu den ArbeiterInnen und Angestellten gelitten, sie haben an Vertrauen verloren. Daher waren die Gewerkschaften außerstande, die notwendigen Kämpfe anzustoßen. Eine große Rolle spielte dabei die gewerkschaftsfeindliche Propaganda der Medien. Wenn Sie mich fragen, ist eine neue Gewerkschaftsbewegung dringend nötig.

Warum haben Sie sich schließlich der Linkspartei SYRIZA angeschlossen?

Weil sie sich vom ersten Tag an unmissverständlich und konsequent gegen das Memorandum und die neoliberale Politik gestellt hat. SYRIZA hat ihre volle Aufmerksamkeit den sozialen Bewegungen geschenkt und bemüht sich unablässig darum, Allianzen mit den vielen Menschen zu bilden, die PASOK im Stich gelassen hat.

Sie haben erwähnt, dass SYRIZA enge Beziehungen zu den in den letzten Jahren entstandenen Bewegungen hat, etwa den zahlreichen Solidaritätsinitiativen oder den Flüchtlingen. Wie unterscheidet sich Ihr Politikverständnis von dem traditioneller Parteien?

Die heute regierenden Parteien, also die ultrakonservative ND und die veränderte PASOK, betrachten die Bewegungen leider als Feinde. Wenn es nach uns geht, bestimmt die Bevölkerung. Sie soll Protagonistin und Teilnehmerin der politischen Entwicklungen sein. Die sozialen Bewegungen werden daher bei unserer Politik eine wichtige Rolle spielen.

SYRIZA führt die Umfragen an und hat gute Chancen, die nächste Regierung zu stellen. Was wären Ihre ersten Maßnahmen?

Die oberste Pflicht einer SYRIZA-Regierung wäre es, die humanitäre Krise und die soziale Verwüstung zu stoppen. Erste Schritte sind die Wiederherstellung des Mindestlohns; Hilfe für jenen ausgeschlossenen Teil der Bevölkerung, der ums Überleben kämpft; Schutzmaßnahmen gegen Zwangsversteigerungen von Häusern und Wohnungen; und eine Steuersenkung für kleine Einkommen. Zu unseren ersten Zielen gehört, die Nachfrage durch eine Stärkung der Kaufkraft der BürgerInnen zu erhöhen. So kann die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs kommen.


Als Gewerkschafter waren sie lange Jahre auch international aktiv. Heute ist die europäische Dimension vermutlich wichtiger denn je für die griechische Politik. Was plant SYRIZA auf dieser Ebene?

SYRIZA will gleichberechtigte Beziehungen mit den Partnern Griechenlands. Das Schuldenproblem ist kein griechisches, sondern ein europäisches. Es betrifft auch große Länder wie Spanien, Italien und Frankreich. Daher ist uns völlig klar, dass die Politik sich europaweit ändern muss. Wir kämpfen für ein Europa der Menschen, der Demokratie, des Respekts, der Würde und der Solidarität.

Wie sehen Sie die sozialdemokratischen Parteien außerhalb Griechenlands? Sind sie mögliche Verbündete im Kampf gegen die Austeritätspolitik?

Ich hoffe! Früher standen die sozialdemokratischen Parteien für soziale Politik und den Wohlstand der ArbeitnehmerInnen. Heute folgen sie leider oft den Entscheidungen der konservativen Parteien und beteiligen sich an deren Aushöhlung des europäischen Sozialmodells. Eine Wende der Sozialdemokratie hin zu den Interessen der ArbeitnehmerInnen würde uns sehr freuen.

Abschließend: Was können Linke, SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen aus den griechischen Erfahrungen der letzten Jahre lernen?

Die soziale Basis unserer Parteien sind die arbeitenden Menschen. Je mehr sich sozialdemokratische Parteien von dieser Basis entfernen und in die neoliberale Strategie einbinden lassen, desto mehr verlieren sie an Macht und werden schließlich obsolet. Wir müssen uns dem Neoliberalismus widersetzen. Eine Zusammenarbeit zwischen fortschrittlichen SozialdemokratInnen und Linken ist heute notwendiger denn je. 

DIMITRIOS TSOUKALAS

geboren 1948, studierte Wirtschaft und arbeitete lange Jahre im Bankensektor. Er war Vorsitzender der griechischen Gewerkschaft der Bankangestellten, Vizepräsident der europäischen Dienstleistungsgewerkschaft UNI Europa und Parlamentsabgeordneter der sozialdemokratischen PASOK. Nach jahrzehntelanger Mitgliedschaft verließ Tsoukalas seine Partei 2010, als diese sich unter Premierminister Giorgos Papandreu im sogenannten Memorandum mit der Troika zur Austeritätspolitik verpflichtete. Bei den folgenden Regionalwahlen kandidierte Tsoukalas für eine Liste namens »Nein zum Memorandum«, bevor er sich der Linkspartei SYRIZA anschloss, für die er heute im Parlament sitzt.



Gehören Erziehungministerin Najat Belkacem die Eier abgeschnitten?

Was will SYRIZA?

Um die griechische Partei SYRIZA ranken sich zahlreiche Mythen und Unwissenheit. Der Beitrag des SYRIZA-Wirtschaftsexperten Euclid Tsakalotos stellt Leitlinien der aufstrebenden neuen Partei dar.

Um wieder auf die Beine zu kommen, braucht Griechenland einen Schuldenschnitt – wie ihn auch Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten hat. Seit rund einem Jahr wird immer mehr Menschen klar, dass im europäischen Projekt etwas ernstlich falsch läuft. Dabei geht es nicht nur um die Wirtschaft.

Ja, die wirtschaftliche Stagnation, die Rückkehr der Disinflation, die privaten und die öffentlichen Schulden, die Arbeitslosigkeit und die gesellschaftliche sowie regionale Ungleichheit spielen eine wichtige Rolle dafür, wie sich die meisten Menschen die gegenwärtige Malaise erklären. Aber da ist auch dieses Gefühl einer umfassenderen Blindheit: der Unfähigkeit, neues Denken und neue Erfahrungen aufzunehmen und des Widerwillens, sich ernsthaft mit den Ursachen der Krise und den Antworten auf sie auseinanderzusetzen. Hinzu kommt das weit verbreitete Gefühl der BürgerInnen, dass sie keinerlei Einfluss auf soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten haben, dass die Eliten sich vor niemandem verantworten müssen und nur sehr wenig Ahnung von der Realität des Lebens normaler Menschen haben.

Der Kern des Problems wurde am besten 2012 in der *Financial Times* von Raghuram Rajan erfasst, der mittlerweile zum Gouverneur der Indischen Zentralbank ernannt wurde. Die Krise von 2008 zeigte, dass das bis dahin erzielte Wachstum auf unhaltbaren Bedingungen gefut hatte und dass zukünftige Wachstumsraten niedriger ausfallen würden. Damit wurde auch deutlich, dass Unternehmen, Einzelpersonen, Banken und Staaten sich allesamt zu hoch verschuldet hatten und dass nicht alle sozialen und finanziellen Ansprüche der vorherigen Periode eingelöst werden konnten. Anstatt eine

gesellschaftlichen Debatte darüber zu führen, welche Ansprüche Priorität genießen sollten, peitschten die herrschenden Eliten ihre Vorstellungen einfach durch. Wie diese aussehen, zeigt die Austeritätspolitik, vor allem jene in der EU, ganz eindeutig: Banken und GläubigerInnen kommen zuerst, alle anderen müssen um den Rest kämpfen.

Insbesondere an der Peripherie Europas sollen Staaten geschaffen werden, in denen der einzige Vertrag, der garantiert eingehalten wird, jener mit den GläubigerInnen ist. Schulden wurden so zu einem Instrument der Politik: um Löhne, Pensionen und den ohnehin unzureichenden Wohlfahrtsstaat zu schrumpfen, aber auch, um alle Formen des Arbeitskampfs für eine Umverteilung der Einkommen und den Schutz schwächerer Gruppen vor den Marktkräften zu beschneiden. Doch was Griechenland von der Troika aufgezwungen wird, unterscheidet sich nur graduell und nicht substantiell von dem, was anderswo in Europa vor sich geht.

Und das ist der Grund, warum die Antwort der Eliten auf die Wirtschaftskrise diese in eine politische Krise, oder präziser formuliert in eine Krise der politischen Repräsentation verwandelt hat. In einem Land nach dem anderen werden die traditionellen Parteien als unfähig betrachtet, den Großteil ihrer ursprünglichen Basis zu vertreten. Die Unzufriedenheit beschränkt sich nicht auf diese Parteien oder, wie zuvor beschrieben, die europäische Idee. Die Unzufriedenheit nagt sogar an der grundsätzlichen Überzeugung, dass Politik ein Werkzeug für fortschrittlichen gesellschaftlichen Wandel sein kann.

SYRIZA ist seit Krisenbeginn klar, wie gefährlich diese Situation ist: dass ein Zerbrechen der Eurozone eine Wieder-

holung der Zwischenkriegszeit mit sich bringen könnte, als die Massenarbeitslosigkeit zu Nationalismus, einem Abwertungswettlauf und noch Schlimmerem führte. Für SYRIZA ist das Schuldenproblem ein europaweites, das eine europaweite Lösung benötigt. Wenn die wirtschaftlichen und finanziellen Baumängel der Eurozone nicht behoben werden, muss sie früher oder später zusammenbrechen. Vereinfacht gesagt kann eine Währungsunion nicht funktionieren, wenn sie über keine gemeinschaftliche Verschuldung, kein als automatischer Stabilisator wirkendes gemeinsames Budget und keine Zentralbank, die als *lender of last resort* agiert, verfügt.

Was Griechenlands Schulden betrifft, meint SYRIZA, dass das Land ähnlich wie Deutschland auf der Londoner Konferenz von 1953 behandelt werden soll. Die damalige Lösung beinhaltete einen Schuldenschnitt, die Koppelung des verbleibenden Schuldendienstes an das Wirtschaftswachstum und ein Investitionsprogramm in Form des Marshallplans. Diese Lösung bereitete dem deutschen Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit den Weg. Die GläubigerInnen verloren bei dieser Vereinbarung keineswegs, anders als etwa nach dem Ersten Weltkrieg, als sie Deutschland weit harscher behandelt hatten. SYRIZAs Argument lautet, dass die griechischen Schulden unfinanzierbar sind und dass es Europa nicht gelingen wird, ein wachstumsfreundlicheres wirtschaftliches Umfeld zu schaffen, solange die Schulden Griechenlands und anderer Staaten nicht tragbar werden.

SCHLUSS MIT DER AUSTERITÄTSPOLITIK

Das Schuldenproblem muss also angegangen werden – aber nicht um die Austeritätspolitik zu stützen, sondern um sie zu ändern. Sollte SYRIZA die Wahl am 25. Jänner gewinnen, wird sie in den folgenden Verhandlungen mit den GläubigerInnen argumentieren, dass die Troika-Programme gescheitert sind. Wie sonst soll man Maßnahmen beschreiben, die zu einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 25 Prozent, zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf ein Viertel der Erwerbstätigen, zu einer Jugendarbeitslosigkeit von 60 Prozent geführt haben? Die Forschung zeigt zudem, dass der aktuelle Troika-Plan, die Verschuldung über jahrelange Primärüberschüsse abzubauen – also Überschüsse des Staatshaushalts ohne Schuldendienst – unmöglich ist. Eine solche Umverteilung von Ressourcen aus einer ärmeren in reichere Volkswirtschaften ist historisch beispiellos.

Im Frühherbst 2014 formulierte SYRIZA eine konkrete und kurzfristige Alternative, die Maßnahmen gegen die humanitä-


re Krise und für eine Wiederbelebung der Wirtschaft umfasst. Unser Zugang bringt eine neue Hierarchie der sozialen Verträge mit sich. Dabei handelt es sich nicht, wie unsere GegnerInnen behaupten, um eine Rückkehr zu einer verschwenderischen, schon gar nicht zu einer populistischen Politik. Im Gegenteil ist unser Programm der realistische Versuch, die Krise mit gezielten Eingriffen zu beenden, die auf neuen sozialen Prioritäten und einer neuen wirtschaftlichen Analyse basieren.

SOZIALE ÖKONOMIE

Der entscheidende erste Schritt besteht darin, aus dem Teufelskreis der Schulden auszubrechen: Aktuell kürzt der Staat seine Ausgaben und erhöht die Steuern, würgt damit die Wirtschaft ab, was dazu führt, dass die Staatsschuldenquote weiter steigt. Langfristig braucht die Wirtschaft auch angebotsseitige Maßnahmen, jedoch gänzlich andere als von der Troika verlangt: öffentliche Investitionen; Industriecluster; kooperative, ethische und investierende Banken; Experimente in sozialer Ökonomie. All das ist Teil einer alternativen Vorstellung davon, wie die Wirtschaft gestaltet werden soll. Doch nichts davon ist in diesem Klima von Angst und Ungewissheit möglich, das direkte Folge der unfinanzierbaren Schulden und der Austeritätspolitik ist.

SYRIZA bekennt sich schließlich auch zu einem Bündel institutioneller Reformen, die das Verhältnis des Staats zu Gesellschaft und Wirtschaft neu regeln sollen. Diese Reformen sollen die Probleme der Steuerhinterziehung, der Korruption und des privilegierten Zugangs der Eliten zu den Hebeln der Macht lösen. Wie Tony Barber kürzlich in der *Financial Times* geschrieben hat: Den griechischen Eliten ist es gelungen, durch Weltkriege, Bürgerkriege und Militärdiktaturen hindurch keine Steuern zu zahlen, also werden sie kaum vor einer Troika in die Knie gehen! Für SYRIZA hingegen besteht das Gegenmittel zu Steuerbetrug und Korruption in mehr Demokratie, Transparenz und gesellschaftlicher Kontrolle – allesamt Werte, die auf der Prioritätenliste der europäischen Eliten weit unten stehen.

In Kürze: SYRIZA betrachtet die Bedürfnisse der Vielen als Teil der Lösung, nicht des Problems. Sie strebt ein neues Arrangement mit neuen sozialen Verpflichtungen und wirtschaftlichen Prioritäten an. Sie weiß, dass sie Teil eines größeren europäischen Projekts ist und den Weg nicht alleine gehen kann. Die Eurozone ist in Gefahr – doch die Gefahr geht nicht von der Linken, sondern vom Mangel an Demokra-

tie und der Vernachlässigung der sozialen Gerechtigkeit aus. Wenn es zu keiner progressiven Lösung der Krise kommt und die Stagnation anhält, werden die politischen Folgen unter einem unheilvollen Vorzeichen stehen. Es könnte also kaum mehr auf dem Spiel stehen. 

EUCLID TSAKALOTOS

geboren 1960, ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Athen. Als Abgeordneter ist er für das wirtschaftspolitische Programm von SYRIZA verantwortlich. Gemeinsam mit Christos Laskos hat er unlängst »Crucible of Resistance: Greece, the Eurozone and the World Economic Crisis« (Pluto Books, 2013) veröffentlicht.



Enthüllung über Opus Dei.
»Es ist hart von Idioten finanziert zu werden.«

Zum Kern des Problems

Rund 100 Delegierte haben am Bundesparteitag dem Vorsitzenden ihre Stimme verweigert. Ein bedeutungsloser Nebenschauplatz, weil der Kanzler ohnehin »bis 2018 bestellt« sei, wie Loyalisten meinten? Oder das Signal, um den Kopf an der Parteispitze rasch durch einen erfolgreichen Manager auszutauschen, wie in den Medien seither endlos diskutiert wird? Weder-nach, argumentiert Ludwig Dvořák. Das Parteitagsergebnis spiegelt eine große Vertrauenskrise einer historisch sehr vertrauensstarken Bewegung wider, die allein durch einen Handstreich an der Spitze nicht zu lösen ist. Die Sozialdemokratie muss sich wieder mehr damit beschäftigen, durch Politikmachen Vertrauen zu gewinnen, als zu erklären, warum sie die Politik im Großen nicht gestalten kann.

Langsam scheint es ja fast zur Gewohnheit zu werden: Ein Sechstel der Parteitagsdelegierten verweigert dem Parteichef die Gefolgschaft. Die Medien, mit Ausnahme des Boulevards, überschlagen sich mit Häme, die Gefolgsleute mit Verharmlosung. Hätte man den Parteitag 2014 als originalgetreue Kopie des Parteitags 2012 geplant gehabt, es hätte kaum besser gelingen können. Die Vorstandswahl 2014 jedenfalls war ein Déjà-Vu von 2012.

EIN MISSLUNGENER PLAN

Die Sache ist nur: So war der Parteitag 2014 eigentlich nicht angelegt, ganz im Gegenteil. Er wurde monatelang vorbereitet, politisch ebenso wie machttaktisch. Kaum neun Monate nachdem die SPÖ unter Führung von Werner Faymann ein neuerliches Regierungsübereinkommen ohne Steuerreform und ohne Vermögensteuern verhandelt und unterzeichnet hatte, wurden Steuerreform und Vermögensteuern an die Spitze der politischen Agenda gesetzt. Während noch im Juni 2013 auch Österreichs Regierungsvertreter im Rat der Europäischen Kommission ungehindert ein höchst zweifelhaftes Mandat für die TTIP-Verhandlungen erteilt hatte, ließ der Bundeskanzler in den letzten Monaten keine Gelegenheit aus, um zum Ausdruck zu bringen, wie kritisch er die Verhandlungen beobachte. Über anderthalb Jahre nachdem der Bundesparteitag die Umsetzung eines Programm- und Parteireformprozesses beschlossen hatte, dessen sichtbarstes Zeichen bis dahin die Bestellung Josef Caps zum Programmkoordinator gewesen war, wurde ein neues Parteiprogramm zur Top-Priorität erklärt. Die Kolumnisten der Tageszeitung »Die Presse« waren

der Raserei nahe, wenn sie konstatierten, die von der ÖVP im Herbst ventilerte Idee von Pensionskürzungen durch eine »Pensionsautomatik« hätten deshalb keine Chance, weil der SPÖ-Chef skandalöserweise die Meinung seiner Partei vertrete.

Aber auch bei der im Sommer notwendig gewordenen Regierungsumbildung fielen die Personalentscheidungen so, dass die großen Machtblöcke innerhalb der Partei jedenfalls keinen Grund zur Klage hatten. Eine bundesweite Konferenz der hauptamtlichen BezirkssekretärInnen sollte den Apparat mobilisieren und gewogen stimmen. Und das »Geschlossenheits«-Stakkato, das Wochen vor dem Parteitag einsetzte und nach dem guten Ergebnis Mitterlehners bei der vierten ÖVP-Obmannwahl in acht Jahren nur noch intensiver wurde, appellierte an einen sozialdemokratischen Funktionärs-Urinstinkt.

EIN SIGNAL, KEIN KOMPLOTT

Dass all dies nichts genutzt hat, ist noch mehr als 2012 ein Grund, nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen. Hundert Streichungen für den Parteivorsitzenden als Aktion der Parteijugend und der oberösterreichischen SPÖ-Frauen abzutun, wie es unmittelbar nach dem Parteitag versucht wurde, ist absurd und mit den tatsächlichen Delegierungsstärken auch nicht annähernd in Einklang zu bringen.

Ebenso wenig überzeugen in den Medien bemühte tiefenpsychologische Erklärungsansätze: Die Partei liebe Faymann mangels Erfolg nicht, fürchte sich aber auch nicht vor ihm,

weshalb es ihm an Respekt fehle. Wenn es Werner Faymann an einem nicht fehlt, dann ist es innerparteilicher Respekt: Respekt davor, dass er nach dem anderthalbjährigen Regierungsdesaster bei den Nationalratswahlen 2008 – trotz katastrophaler Verluste – den ersten Platz rettete; Respekt aber vor allem auch vor seiner Durchsetzungskraft und seinem Mediennetzwerk. Die wohl markanteste Abweichung vom internen Befriedungskurs vor dem Parteitag stellte die Farce um die Nachbesetzung des Mandats der verstorbenen Barbara Prammer dar: Um ein Nachrücken von Sonja Ablinger in den Nationalrat zu verhindern, nahm man nicht nur heftige innerparteiliche Konflikte, sondern auch einen beschämenden öffentlichen Eindruck von der SPÖ und ihrem Umgang mit den eigenen Regeln in Kauf. Wie auch immer man die Vorgänge bewerten mag, es war auch innerparteilich kaum als Aufforderung zu verstehen, mutwillig die offene Auseinandersetzung mit dem Parteichef zu suchen.

RHETORISCHE BEKENNTNISSE REICHEN NICHT

Politstrategisch hat Werner Faymann – mit der gewichtigen Ausnahme der Quotendebatte – in den Monaten vor dem Parteitag tatsächlich alles weitgehend richtig gemacht. Die Signale, die er gesetzt hat, waren nicht – wie medial unterstellt wurde – »populistisch«, sie entsprachen schlicht und ergreifend dem, was jeder und jede FunktionärIn instinktiv als sozialdemokratische Position verstanden hätte, von TTIP bis zur Pensionsautomatik. Dass dies aber öffentlich als außergewöhnlich konfrontativ wahrgenommen und dem nahenden Parteitag zugeschrieben wurde, bringt uns dem politischen Problem, das hinter dem Parteitagsergebnis steht, schon bedeutend näher.

Die Delegierten des SPÖ-Bundesparteitags sind in aller Regel keine Rebellen. Es ist der Kreis der knapp 600 führenden FunktionärInnen in Ländern, Bezirken und Gemeinden. Wenn hundert davon den Aufstand in der Wahlzelle proben, nachdem man ihnen das sozialdemokratische ABC aufgesagt hat, dann ist das kaum einer Laune oder der Natur des Parteitags geschuldet. Es ist auch nicht, wie vielleicht manche Journalisten insgeheim hoffen, eine Absage ans sozialdemokratische ABC. Sie spiegeln m.E. viel mehr ein tiefes Misstrauen wider, wie ernst diese Ansagen gemeint sind, und Unzufriedenheit darüber, dass Konsequenz in erster Linie gegenüber innerparteilichen Kritikerinnen an den Tag gelegt wird.

Diese hundert Stimmen am Parteitag sind also nur eine Erinnerung an jene hunderttausenden WählerInnen, die wir

in den letzten Jahren verloren haben, ohne dass wir uns mit den Ursachen dafür näher beschäftigen hätten wollen. Es wäre falsch, sich nach 2012 zum zweiten Mal in Folge darüber weg zu schwindeln, die politischen Ursachen für die innerparteiliche Missstimmung zu analysieren und daraus inhaltliche und strategische Konsequenzen zu ziehen. So wie es nicht weniger falsch wäre, die Person an der Spitze zu tauschen und zu hoffen, das werde reichen, um uns wieder auf Kurs zu bringen. Wenige Diskussionen waren zuletzt so sinnlos, wie jene, ob ein bestimmter Manager die Kompetenz habe, politisch führend tätig zu sein. Der Befund, dass Spitzenpolitik und Unternehmensführung grundverschiedene Dinge sind, trifft gleichermaßen zu, wie das abstrakte Argument, dass ein Manager ein ebenso guter Politiker sein könnte wie ein Jurist, eine Ärztin, eine Lehrerin oder ein Werkzeugmacher. Der entscheidende Punkt ist, dass die Hoffnung, mit einem neuen »Charismatiker« an der Spitze ansonsten so weiter machen zu können wie bisher, zum Scheitern verurteilt ist. Die Sehnsucht nach einem »Macher« an der Spitze, als Lösungsansatz für alle Probleme, ist nur ein Ausdruck der Bequemlichkeit, dringend notwendigen neuen Herangehensweisen in der Gestaltung und Umsetzung sozialdemokratischer Politik auszuweichen.

PROGRAMMATISCHE ERFOLGSGRUNDLAGEN

Historisch ist der Erfolg sozialdemokratischer Massenparteien in der Fähigkeit begründet, die Vision einer besseren Gesellschaftsformation mit konkreten Reformen zur Verbesserung der unmittelbaren Lebensumstände zu verbinden: die klassenlose Gesellschaft mit dem 8-Stunden-Tag; die sozialistische Revolution in der demokratischen Republik mit dem kommunalen Wohnbauprogramm einer Gemeinde; die Soziale Demokratie (»die Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie«) mit dem umfassenden Wohlfahrtsstaat und dem Versprechen, sozialen Aufstieg durch Leistung erreichen zu können.

Wenn heute Landeshauptmänner konstatieren, der Sozialdemokratie fehle eine Vision für das 21. Jahrhundert, muss leider ergänzt werden, dass ihr auch das zweite Erfolgselement, das Reformprogramm fehlt, das wir auf dem Weg zu dieser Vision umsetzen wollen.

Dabei ist sicherlich der Einwand zu berücksichtigen, dass die angespannte Wirtschafts- und Budgetlage die Spielräume merkbar einengt. Das ist zweifellos richtig, macht es aber nur umso erstaunlicher, dass eben diese grundsätzliche Bedeutung von Krisenüberwindung und Wachstumspolitik in der prakti-

schen Europa-Politik der Sozialdemokratie zuletzt eine real so untergeordnete Bedeutung gespielt haben (vgl. Marterbauer in ZUKUNFT 12/2014). Wenn heute in Österreich die Arbeitslosigkeit die 400.000-Menschen-Marke überschreitet, ohne dass ein Konjunktur- und Beschäftigungspaket mit neuen Mitteln im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geschnürt worden ist; wenn heute Länder und Gemeinden daran gehindert sind, das historisch niedrige Zinsniveau für dringend notwendige Investitionen in Wohnbau und Daseinsvorsorge zu nutzen; und wenn in der öffentlichen Debatte v. a. der »gefressene Staat«, der trotz hoher Steuereinnahmen noch immer Schulden mache, Thema ist; dann sind all das Folgen einer falschen europäischen Wirtschafts- und Fiskalpolitik, die es wesentlich schwerer macht, die erforderlichen Spielräume zu finden.

VISIONEN UND REFORMPROGRAMM

Aber was wären nun eigentlich Anhaltspunkte für einen sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurf und dem zu seiner Verwirklichung anzustrebenden Reformprogramm? Im Grunde ist das nach der Analyse der gegenwärtigen politischen, sozialen und ökonomischen Lage die entscheidende Fragestellung für den nunmehr – hoffentlich – anlaufenden Programmprozess. Im Folgenden werden daher nur skizzenhaft einige wenige Punkte umrissen, denen m. E. besondere Bedeutung zukäme.

DEMOKRATIE ODER KAPITALISMUS

In seinem bemerkenswerten Buch »Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus« beschrieb der frühere Schröder-Berater Wolfgang Streeck 2013 die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in den letzten dreißig Jahren als spürbaren Bruch mit der von ihm als »demokratischen Kapitalismus« gezeichneten Ära nach 1945. Das Kapital versuche rücksichtslos auftretende Krisenerscheinungen zu Lasten der großen Mehrheit zu überbrücken. Streeck spricht dabei an, dass diese dramatische Entwicklung eine Entscheidung zwischen Demokratie oder Kapitalismus erforderlich machen dürfte. Andere aufsehenerregende Analysen der letzten Jahre, wie etwa Pikettys »Das Kapital im 21. Jahrhundert«, scheinen solche Überlegungen zu stützen: Wenn die Entwicklung von Einkommens- und Vermögenskonzentration tatsächlich in Richtung des frühen 19. Jahrhunderts weist, so scheint doch jedenfalls fraglich, ob dies unter Aufrechterhaltung demokratischer Prinzipien wirklich durchsetzbar sein wird. Dass diese Tendenzen durch die aktuelle Krise verschärft, aber keineswegs auf sie beschränkt sind, zeigen nicht nur die genannten Autoren, sondern auch der Umstand, dass Colin Crouch

schon vor knapp zehn Jahren das Bild der »Postdemokratie« prägte.

Alle drei Genannten sind keineswegs am äußersten linken Flügel des politischen Spektrums einzuordnen, sondern stehen politisch eher für eine gemäßigte sozialdemokratische Tradition in ihren jeweiligen Ländern. Wolfgang Streeck etwa muss sich noch heute Kritik dafür gefallen lassen, 1999 im »Bündnis für Arbeit« ideologische Vorbereitungsarbeit für Schröders Agenda-Politik geleistet zu haben. Dass ein Autor dieses Zuschnitts über die Notwendigkeit einer Alternative zum Kapitalismus zu sprechen beginnt, zeigt v. a. eines: Dass die Entwicklung des Kapitalismus diese Alternativen notwendig macht und sie, Jahrzehnte nach ihrer Diskreditierung durch die KP-Diktaturen Osteuropas, wieder gesellschaftlich Anerkennung finden können. Nach acht Jahren kapitalistischer Dauerkrise ist die Vision einer Alternative zum Kapitalismus nicht nur denkmöglich geworden, sondern auch denknotwendig.

BANKEN UND GEMEINNÜTZIGER WIRTSCHAFTSSEKTOR

Es ist dabei sicherlich nicht die abstrakte Forderung, sondern die Verbindung mit konkreten Reformen, die gesellschaftliche Akzeptanz finden könnten. Die Gefahr für die Demokratie, die durch Macht- und Vermögenskonzentration entstanden ist und sich weiter verstärkt, lassen es geboten erscheinen, sowohl Fragen der Eigentümerstruktur und der Wirtschaftsweise verstärkt zu thematisieren. Dass die Konzentrierung wirtschaftlicher Macht in den Händen einiger weniger mit der Konzentrierung politischer Macht in Verbindung steht, ist nicht nur eine theoretische Erkenntnis des legendären Ahlener Programms der CDU von 1947. Sie ist auch praktisch erlebbar, wenn man das System der Wahlkampffinanzierung und des Lobbyismus in den USA, oder die entschlossene Reaktion der europäischen Staaten auf die Bankenkrise im Verhältnis zur relativ ungerührten Hinnahme seither steigender Arbeitslosenzahlen betrachtet.

Macht, Größe und Gefährlichkeit des Finanzsektors beispielsweise, scheinen jedenfalls ohne grundlegende Neustrukturierung und Redimensionierung des Bankensystems nur schwer möglich. Dabei müssen nicht nur Änderungen der Eigentumsverhältnisse, sondern auch demokratische Mechanismen entwickelt werden, die eine gemeinnützige Orientierung sicherstellen. Eine Politik, die die Macht der Banken herausfordert und den Grundsätzen der Demokratie gegen-

überstellt, scheint überfällig zu sein, um öffentliche Unterstützung zu finden.

AUSBAU DES WOHLFAHRTSSTAATS

Es gibt wenig Selbstverständlicheres für SozialdemokratInnen als das Bekenntnis zum Wohlfahrtsstaat, das jedoch oft ganz Unterschiedliches meint. Unter der »Sicherung des Wohlfahrtsstaates« wurde in den letzten Jahren, v.a. auch in der Agenda-Ära verstanden, soziale Leistungen einzuschränken, um den Sozialstaat »zukunftsfit« zu machen. Demgegenüber scheint es erforderlich, neue Perspektiven für den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und seine Weiterentwicklung gegen neue, wachsende oder bislang ungenügend abgesicherte Risiken zu entwickeln. Nicht nur sozialpolitische Erwägungen einer umfassenden sozialstaatlichen Vorsorge für Pflegefragen, Zahngesundheit etc. spielen dabei eine Rolle. Es ist letztlich ein starker Sozialstaat – kostenlos zugängliche, erstklassige öffentliche Bildung, Gesundheitsversorgung, leistbarer Wohnraum und eine lebensstandardsichernde Altersversorgung –, der die Grundlage für die Lebensqualität des »Mittelstandes« bildet. Ein Sozialstaat mit einem breiten Leistungsangebot für alle ist nicht nur sozial gerecht, er ist der sichtbarste Ansatz für eine strategische Partnerschaft unterschiedlichster ArbeitnehmerInnengruppen.

SOLIDARISCHES EUROPA

Das Schlagwort des »sozialen Europas« hat sich in den letzten Jahrzehnten in einem dermaßen eklatanten Ausmaß im Rahmen der EU nicht verwirklichen lassen, dass eine politische Debatte über eine Renationalisierung der Politik, wie sie auf Seiten der Linken etwa auch Streeck vorgeworfen wird, eine logische Folge zu sein scheinen. Nichtsdestotrotz zeigt gerade die politische und ökonomische Entwicklung der letzten Jahre, wie unverzichtbar es ist, eine gesamteuropäische wirtschaftliche und politische Konzeption zu entwickeln. Diese ist kein Ersatz für politische und soziale Auseinandersetzungen, sie ist aber unabdingbar für mittelfristige Erfolge. Ein solidarischer Europa wird dabei aber neue Grundlagen benötigen, um eine demokratische und soziale Einigung tatsächlich möglich zu machen. Vordringlich erscheint es aber v.a. eine gemeinsame Perspektive für die Überwindung der krisenverschärfenden Austeritätspolitik zu entwickeln.

KOMMUNALPOLITIK

So kleinlich es klingen mag, so wenig zufällig erscheint es, dass es gerade die Politik des »Roten Wien« war, die in der Zwischenkriegszeit die »praktische Seite« des demokratischen

Sozialismus war. Gerade auf der für die BürgerInnen oft am unmittelbarsten greifbaren politischen Ebene, stehen im Kleinen sehr grundsätzliche Fragen zur Disposition. Welche Einrichtungen und Dienstleistungen eine Gemeinde anbietet, wie ihre Daseinsvorsorge organisiert wird und wie sich Stadt- und Raumentwicklung sind hochpolitische Fragen, ebenso wie die Schaffung geeigneter finanzieller Grundlagen für die Kommunen. Die bestehenden Strukturen zu mobilisieren, um solche Fragen auch grundlegend zu beleuchten, erschiene als wichtiger Anknüpfungspunkt für die Vermittlung praktisch greifbarer Politik mit Grundsätzen.

... UND DER WEG DORTHIN

Es kann dabei nicht genug betont werden, dass es auf die Verknüpfung einer gesellschaftsverändernden Perspektive mit einer die Gesellschaft ändernden Reformpolitik ankommt. Letztere dient wesentlich dazu, erstere glaubwürdig zu machen und öffentliche Unterstützung zu erreichen. Die Vision ist es aber, die eine Erzählung ermöglicht, wohin wir die Gesellschaft entwickeln wollen und die kleine Schritte auf dem Weg dorthin zu einem Teil einer grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung macht.

Ein gutes Parteiprogramm setzt natürlich voraus, dass seine Leitlinien sich auch in der tatsächlichen Politik widerspiegeln werden. So interessant grundsätzliche Debatten sind – wenn der Programmprozess nicht tatsächlich der Standort- und Zielbestimmung unserer Bewegung dient, ist die Beschäftigung damit Zeitverschwendung. Es geht nicht um innerparteiliche Folklore, sondern einer gesellschaftlichen nachvollziehbaren Orientierung, die spürbare Auswirkungen haben wird.

Es ist daher grundsätzlich zu begrüßen, dass der Programmprozess mit einem Parteireformprozess verknüpft wurde. Aber auch dieser muss über PR-gesteuerte Schlagworte wesentlich hinauswachsen. Wenn von »Öffnung der Partei« die Rede ist, so sollte nicht im Vordergrund stehen, bestehende Strukturen auszuhebeln und von oben steuerbare Substrukturen zu entwickeln. Es sollte vielmehr darum gehen, unsere Bewegung zu einer großen, demokratischen Mitmachpartei umzugestalten, in der demokratische Mitbestimmung nicht in Alibi-Handlungen besteht, sondern Geschäftsgrundlage der Organisation ist.

Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen lassen tatsächlich eine Verschärfung von Verteilungs- und


Machtkonflikten befürchten. In dieser Situation wird auch in Österreich die Sozialdemokratie in höherem Ausmaß bereit sein müssen, gesellschaftliche Auseinandersetzungen offensiv auszutragen und nicht darauf zu hoffen, dass die Offensive gegen die ArbeitnehmerInnen durch Verwaltungsmaßnahmen gemildert an Österreich vorbeigrollen wird – diese Hoffnung wäre verfehlt und würde den weiteren Verfall in der öffentlichen Zustimmung wesentlich verschärfen

Mehr denn je werden wir darauf angewiesen sein, jenseits der, der Profit- und Eigentumslogik unterworfenen, Privatmedien, Politik kommunizieren und diskutieren zu können. Auch die Obama-Wahlkämpfe zeugen v. a. davon, dass es eine starke Basisbewegung braucht, um einer finanziell haushoch überlegenen Kampagne der großen Wirtschaftsmagnaten etwas entgegenstellen zu können. In ZUKUNFT 10/2012 haben Harald Katzmaier und Christian Deutsch dargelegt, warum Lazarsfeld Diktum, dass die Gruppe die »Küche der öffentlichen Meinung« sei, auch heute zutreffe. Solche Gruppen formieren zu können, setzt aber reale Handlungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten voraus. Auch aus diesem Grund wäre es verheerend, zu versuchen, den Programm- und Parteireformprozess partizipativ aussehen lassen zu wollen, ohne tatsächliche Auswirkungen auf die reale Politik erlebbar werden zu lassen.

UND DER PARTEITAG?

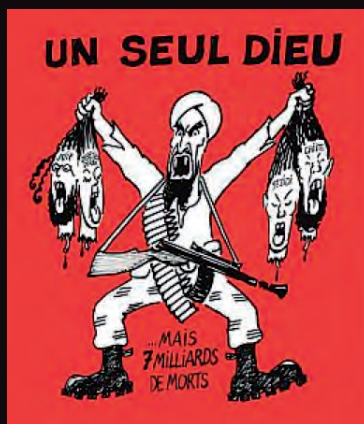
Das ernüchternde Ergebnis bei den Wahlen am Bundesparteitag 2014 war der »Aufschrei der gequälten Kreatur« gegen das Fehlen der grundsätzlichen und strategischen Orientierung und einem entsprechenden praktischen Handeln in der politischen Auseinandersetzung. Werner Faymann wäre schlecht beraten, wie nach dem Parteitag 2012 weiterzumachen, als wäre nichts geschehen oder den Programmprozess als Beschäftigungstherapie ohne reale Auswirkungen anzulegen. Der Unmut in breiten Kreisen auch der führenden FunktionärInnen kann man nicht aussitzen. Umgekehrt ist der fehlende politische Erfolg der Sozialdemokratie nicht primär im Image des Spitzenkandidaten, sondern im fehlenden politischen Profil unserer Partei begründet, das ursächlich für den erlittenen Vertrauensverlust ist.

Noch haben wir die Möglichkeit, einer Entwicklung, wie sie sich in Griechenland, Spanien oder Ostdeutschland vollzieht, wo neue linke Parteien funktional teilweise die Rolle der traditionellen Sozialdemokratien übernehmen, vorzubeugen. Diese Chance dürfen wir nicht verpassen. Nicht nur aus Organisationsegoismus, sondern auch, weil eine starke Sozial-

demokratie unverzichtbar scheint, um eine tatsächliche gesellschaftliche Veränderung zu ermöglichen. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



Ein Gott.
Aber 7 Milliarden Tote.

Der Hypo-Skandal

Josef Falkinger nimmt den Bericht der Griss-Kommission zum Anlass für den Versuch einer politischen Zwischenbilanz zu wagen. An sich enthalte der Bericht keine Informationen, die nicht schon zuvor der Öffentlichkeit zugänglich waren. Die Zusammenstellung der Faktenlage in einem Stück wirkt dennoch erschütternd. Der Bericht erhebt nicht nur schwere Vorwürfe gegen die damals freiheitlich geführte Kärntner Landesregierung sondern auch gegen Finanzmarktaufsicht, Nationalbank und das Finanzministerium.

Die Analyse beginnt irgendwo in der Vorzeit. Es war einmal eine kleine öffentliche Bank in Kärnten, die Hausbau-Kredite vergab. Für die Sparanlagen bei der Bank haftete das Land Kärnten. Die Bank arbeitete nicht gewinnorientiert, sondern nach dem Prinzip des volkswirtschaftlichen Erfolgs und des Gemeinwohls. Mit dem Kreditwesengesetz 1979 wurde der Bank erlaubt, vom Kerngeschäft der öffentlichen Hypothekenbank abzuweichen.¹ 1990/91 wurde die Bank zu einer Aktiengesellschaft und damit gewinnorientiert.² Ab 1990 begann die Bank nach Kroatien und Slowenien zu expandieren. Innert 15 Jahren erhöhte sich die Bilanzsumme von 1,87 Milliarden Euro im Jahr 1992 auf 43,3 Milliarden Euro im Jahr 2008. Die frühere Landesbank wurde als Hypo Alpe-Adria-Bank International AG (HBINT) und Hypo Group Alpe-Adria (HGAA) zu einer der wichtigsten Banken am Westbalkan. Der ursprüngliche Zweck der Landeshaftung, für ein reichliches Angebot an billigen Hausbau-Krediten zu sorgen, ging dabei völlig verloren. Die Landeshaftungen sollten es der Bank jetzt ermöglichen, trotz chronisch niedrigem Eigenkapitalanteil, laufend neues Fremdkapital für den rapiden Expansionskurs aufzutreiben. Es heißt im Bericht:

»Die durch die Landeshaftung ermöglichte starke Expansion der Bank und das daraus folgende enorme Bilanzwachstum hatten mit der ursprünglichen Idee einer Hypothekenbank mit Landeshaftung nichts mehr gemeinsam. Denn die Expansion im Ausland diente nicht der Förderung der lokalen Wirtschaft.« (Griss-Bericht, Seite 67, Absatz 280)

Wem diente die Expansion dann?

EIN DUBIOSES FINANZKARUSSELL

Der langjährige Chef der Hypo Alpe Adria Wolfgang Kulterer sitzt mittlerweile wegen Untreue im Gefängnis. Die soko Hypo führt eine Liste von weiteren 100 Beschuldigten, die sich persönlich bereichert hätten (Wirtschaftsblatt, 26.11.2014). Die renommierte deutsche Tageszeitung »Die Zeit« schreibt von der Hypo Alpe Adria als Drehscheibe eines Klüngels zwielichtiger Profiteure und ungestümer Geldjongleure (Die Zeit, 11.5.2010). Eine Clique um den kroatischen Präsidenten und posthum für Kriegsverbrechenverantwortlich gemachte Franjo Tudjman (Frankfurter Rundschau, 29.5.2013) hätte die Hypo Kärnten in den 90er-Jahren benutzt, um Privatisierungserlöse im großen Stil zu waschen und neu zu veranlagen. Die Hypo hätte zudem Waffenkäufe der kroatischen Armee abgewickelt. Spitze des Finanzkarussells seien Wolfgang Kulterer, Günter Striedinger und der Tudjman-Vertraute Ivic Pasalic. Grundlage der Reportage der Zeit: Ein 76 Seiten starkes Dossier des kroatischen Inlandsgeheimdienstes SOA.

Für den Richter Christian Liebhauser-Karl entstand der Eindruck, dass die Gruppe um Kulterer mit System und hoher krimineller Energie operiert hätte (Kurier, 14.3.2014). Die Ermittlungen werden die Staatsanwaltschaft noch Jahre beschäftigen (Wirtschaftsblatt, 26.11.2014).

DIE FREIHEITLICHE KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

Die freiheitliche Kärntner Landesregierung verwendete die Hypo als Cashcow. Nun ist grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, dass ein Bundesland auch eine Bank besitzt. Jahrzehntlang ist man gut damit gefahren. Problematisch ist

jedoch die Verquickung von Interessenslagen, die ab den 80er-Jahren einsetzte und sich in den 90er-Jahren mehr und mehr beschleunigte. Die Bank sollte jetzt nicht nur das Land finanzieren, sondern zudem einen riskanten Expansionskurs einschlagen und vor allem für eine gewisse Clique profitabel sein. Die Kärntner Freiheitlichen (später BZÖ) benutzten die Finanzierungsmöglichkeiten durch eine Landesbank nicht um nach der goldenen Finanzierungsregel im Sinne des Gemeinwohls nachhaltige Investitionen zu tätigen, sondern um fragwürdige und unproduktive Prestigeprojekte (Stichwort FC Kärnten, Seebühne,...), aber auch teure Wahlkämpfe zu finanzieren. Die Schulden Kärntens stiegen in den Jahren seit 2001 von 0,6 Milliarden Euro auf fast 4 Milliarden Euro (Profil, 22.3.2014).

EINE OFFENSICHTLICHE HOCHRISIKOSTRATEGIE

Seit 1992 benutzte die Hypo Alpe Adria die Landeshaftung für einen starken schuldenfinanzierten Expansionskurs mit chronisch niedrigem Eigenkapital. Nach der Entscheidung der EU-Kommission im Jahr 2003, dass die Landeshaftung nach dem 1. April 2007 auslaufen müsste, beschleunigte sich der Expansionskurs noch, um den Übergangszeitraum zu nutzen.³ Von 2003 bis 2007 stiegen die Landeshaftungen von 10 Milliarden Euro auf 23 Milliarden Euro (Griss-Bericht, Seite 48, Absatz 230). Das chronisch niedrige Eigenkapital und die nicht vorhandenen Risikokontrollen bedeuteten eine hochspekulative Verwendung öffentlicher Gelder. Die Bankenaufsicht, bestehend aus FMA, OeNB und Finanzministerium, hat das niedrige Eigenkapital und die fehlende Risikokontrolle zwar kritisiert, jedoch nichts getan, um den Zustand zu ändern. Im Bericht heißt es dazu:

»Es ist nicht erkennbar, dass Abschlussprüfer, Bankenaufsicht oder das Land Kärnten (Kärntner Landesholding) die ihnen offenstehenden Möglichkeiten in einem ausreichenden Maß genützt hätten, um die Risiken zu begrenzen.« (Griss-Bericht, Seite 72 Absatz 291)

»Die OeNB stellte bei ihren Prüfungen im Auftrag der FMA wiederholt gravierende Mängel im Risikomanagement und in den Kontrolleinrichtungen fest. Dennoch wurde weder intensiver geprüft noch die HBI mit dem notwendigen Nachdruck zur Behebung der Mängel angehalten.« (Ebd., Absatz 292)

»Die mit der Landeshaftung verbundenen, für Kärnten letztlich nicht tragbaren Risiken aus der Expansion der HGAA waren unüberschaubar [Hervorhebung durch den Autor].« (Griss-Bericht, Kurzfassung, Seite iii, Absatz 9)

Besonders erschreckend ist, dass 2004 die Verlängerung der Haftungen von allen Parteien des Kärntner Landtages bestätigt wurde (Griss-Bericht, Seite 32, Absatz 188). Von 2004 an überstieg die Landeshaftung Kärntens in jedem Jahr das Bruttonationalprodukt der gesamten Kärntner Volkswirtschaft.

DIE FINANZMARKTAUFSICHT SCHAUT ZU

Ein speziell negatives Licht wirft der Bericht auf die Finanzmarktaufsicht. Die FMA hätte es nicht zulassen dürfen, dass eine Bank mit Hilfe von Landeshaftungen nach 1990 in einen damals noch weitgehend rechtsfreien Raum vorstößt und laufend ihre Bilanzsumme ohne genügend Eigenkapital stark ausweitet. Aber damit nicht genug: Die Finanzmarktaufsicht erstattete Ende April 2006 Anzeige gegen Wolfgang Kulterer und Günter Striedinger wegen Bilanzfälschung. Gleichzeitig ermöglichte sie aber, dass Kulterer am 1. Oktober 2006 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hypo werden konnte. Zu diesem Zweck war eine Satzungsänderung auf der Hauptversammlung notwendig, die von der FMA unterstützt wurde:

»Die FMA hielt nach Prüfung der geänderten Satzung fest, dass diese keine Bestimmungen enthält, die die Sicherheit der dem Kreditinstitut anvertrauten Vermögenswerte und die ordnungsgemäße Durchführung von Bankgeschäften nicht gewährleisten würden.« (Griss-Bericht, Seite 85, Absatz 327)

Der neue Vorstandschef Siegfried Grigg – mittlerweile wegen Untreue zu 3,5 Jahren unbedingter Haft verurteilt – setzte den hochriskanten Expansionskurs fort. Wiederum ohne Einschreiten der FMA.

BANKENHILFSPAKET 2008

Der Verkauf der Hypo an die BayernLB im Jahr 2007 machte die Sache nicht besser. Die Bayern setzten den Expansionskurs der Hypo weiter fort. Die Haftungen blieben trotz Eigentümerwechsel bestehen. Erst die Finanzkrise brachte dann 2008 das Kartenhaus zum Einsturz. Die Republik, das Land Kärnten und die BayernLB standen vor einem Scherbenhaufen.

Jetzt schlugen OeNB, Finanzministerium und Finanzmarktaufsicht einen Kurs ein, an dem im Wesentlichen bis heute festgehalten wird: Eine Insolvenz sollte um jeden Preis verhindert werden. Der erste Schritt bestand 2008 darin, der Hypo Kärnten im Rahmen des Bankenhilfspakets Staatshilfe zuzuführen. Zu diesem Zweck war es notwendig, dass die OeNB die Hypo als systemrelevant und nicht »not distressed« deklarieren. Gegen dieses Zeugnis durch die OeNB erhebt der

Untersuchungsbericht schwere Vorwürfe, vor allem gegen den zweiten Teil. Die ökonomischen Gewinnerwartungen der Hypo wurden gegen besseres Wissen zu positiv dargestellt. MitarbeiterInnen der OeNB hätten zudem die Bank anders beurteilt. (Griss-Bericht, Seite 159 ff)

VERSTAATLICHUNG 2009

Als sich 2009 herausstellte, dass die Einschätzung der OeNB falsch und die Hypo nicht nur »distressed«, sondern zahlungsunfähig war, sollte nach Meinung des OeNB-Gouverneurs Ewald Nowotny die Hypo vom österreichischen Staat gekauft werden, um eine Insolvenz auszuschließen. Im Bericht heißt es dazu:

»Die OeNB vertrat die Position, dass eine Insolvenz der HBInt unbedingt vermieden werden müsse. Denn eine Insolvenz hätte nach ihrer Ansicht massive Auswirkungen auf das gesamte österreichische Bankensystem gehabt. Die Konsequenzen einer allfälligen Insolvenz des Landes Kärnten – im Falle des Schlagendwerdens der Landeshaftungen – seien rechtlich unklar; faktisch werde der Bund für die Landeshaftungen aufkommen müssen. Der Bundeskanzler stimmte den Verhandlungen über einen Kauf der HBInt nach anfänglicher Skepsis zu.« (Griss-Bericht, Seite 211, Absatz 651)

Auf welche Informationen stützte sich der OeNB-Gouverneur? Laut Bericht gibt es keine Hinweise, dass jemals ein Alternativszenario unter Einbeziehung von InsolvenzrechtsexpertInnen entwickelt wurde. Der Untersuchungsbericht kommt zum Schluss, dass das österreichische Verhandlungsteam im Gegensatz zum bayrischen Gegenüber weder ausreichend Informationen einholte, noch eine Verhandlungsstrategie ausarbeitete (Griss-Bericht, Seite 236, Absatz 712). Die schwache Verhandlungsposition der BayernLB wurde laut Bericht nicht erkannt.⁴ (Griss-Bericht, Seite 232, Absatz 703) Der Bund verzichtete sogar darauf, eine Gewährleistung über einen bestimmten Zustand der Hypo Alpe Adria zu verlangen. Der BayernLB wurde trotz Kauf eine Mitsprache bei zukünftigen Umstrukturierungen eingeräumt. Der Bund garantierte die Rückzahlung der bayrischen Darlehen. Die Eigentümerin der Hypo Alpe-Adria, die BayernLB, die bis zum Schluss an der Hochrisikostategie festhielt, kam völlig ungeschoren davon. Die gesamte Last der Hypo-Pleite wurde den österreichischen SteuerzahlerInnen aufgebürdet. Das österreichische Verhandlungsteam hat sich von der BayernLB und der bayrischen Regierung offensichtlich über den Tisch ziehen lassen.

UNGEREIMTHEITEN

Eine Reihe von Tatsachen wirft ein negatives Licht auf die Argumentation der OeNB:

Erstens: Der Freistaat Bayern und die BayernLB versicherten in den Verhandlungen, eine Insolvenz in Kauf zu nehmen. Hatte das ebenfalls stark in Osteuropa exponierte Bayern keine Angst vor einem Reputationsverlust deutscher Banken und einem Bank-Run in Südosteuropa? Wenn das bayrische Verhandlungsteam nur bluffte, warum fiel man dann auf den Bluff herein?

Zweitens: Noch vor dem Abschluss des Kaufvertrages lud das BMF Vertreter der österreichischen Banken, um über eine Beteiligung der Banken an den Kosten der Hypo zu verhandeln. Die Banken lehnten eine Beteiligung rundum ab. Angeblich hätte eine Insolvenz der Hypo eine massive Schädigung der österreichischen Banken bedeutet. Warum waren aber die österreichischen Banken selbst nicht einmal bereit, sich symbolisch an den Kosten zu beteiligen? Die OeNB machte sich offenbar mehr Sorgen um die Banken als der Freistaat Bayern, die Bayerische Landesbank und die österreichischen Banken selbst.

Drittens: Die Information, dass der Bund für Kärnten gehaftet hätte, ist nicht korrekt. Zu dieser Frage gibt es ein Rechtsgutachten, das der Universitätsprofessor Michael Potacs im März 2014 für das Finanzministerium erstellt hat (Der Standard, 21.12.2014). Dieses Gutachten kommt zudem zum Schluss, dass im Falle einer Pleite von Kärnten nur ein minimaler Bruchteil der 18 Milliarden Euro Landeshaftung einklagbar wäre. Keinesfalls jedoch Steuereinnahmen, Vermögen, das der Wahrung öffentlicher Interessen dient oder Gehälter für öffentlich Beschäftigte. So sieht das auch der Insolvenzexperte Norbert Abel (Die Presse 6. 2. 2014). Wie der Bericht der Untersuchungskommission zu Recht feststellt, wären Beratungen mit InsolvenzrechtsexpertInnen hilfreich gewesen.

Viertens: Das Argument, dass die Hypo-Insolvenz zu massiven Auswirkungen auf den gesamten österreichischen Bankensektor geführt hätte, macht nur unter der Annahme Sinn, dass sich der gesamte österreichische Bankensektor auf einem recht dünnen Eis bewegt. Die Annahme ist in diesem Fall die, dass die österreichische Bankenlandschaft insgesamt marode ist oder, dass irrationale Finanzmärkte nicht zwischen gesunden und maroden Banken unterscheiden könnten. Wer das österreichische Bankwesen für schwer angeschlagen hält, sollte

nicht versuchen, diesen Zustand weiter zu verbergen. In diesem Fall wäre so rasch als möglich eine umfassende Reorganisation der gesamten Branche anzugehen, bevor es zu weiteren kostspieligen Zusammenbrüchen von Banken kommt. Wer die Finanzmärkte aber für irrational hält, der stellt damit die Grundvoraussetzung eines privatkapitalistischen Bankensystems in Frage. Das Bankwesen wäre dann wie bereits 1946 bis in die 1980er-Jahre wieder auf eine öffentliche und gemeinnützige Grundlage zu stellen. Ist es um das österreichischen Banken tatsächlich so schlecht bestellt, dann ist die Vermeidung einer Insolvenz der Hypo Kärnten mit Gläubigerbeteiligung nichts anderes als ein sehr kostspieliger Versuch, tiefere Probleme unter den Teppich zu kehren.

DIE KOSTEN DER VERSTAATLICHUNG

2009 rechnete die OENB mit einem weiteren Kapitalbedarf der Hypo von 2 Milliarden Euro. Zu diesem Zeitpunkt hat der Bund gerade einmal 900 Mio. Euro Staatshilfe hingeblättert. Diese Prognose war viel zu optimistisch. Dabei hätte der Bund ab 2008 alle Möglichkeiten gehabt in die Geschäftsbücher der Hypo einzusehen, die FMA und die OENB auch schon früher.

Ende 2013 betragen die geleisteten Staatshilfen bereits 3,6 Milliarden Euro (Profil 21.12.2013). Im April 2014 kamen noch einmal 700 Mio. Euro hinzu. Dazu kommen 1,2 Milliarden Bundeshaftungen für Anleihen. Aber auch das deckte den Kapitalbedarf nicht. Immer neue Teile des Kreditportfolios der Hypo stellten sich als faul heraus. Im Frühjahr 2014 blieb dann nichts weiteres übrig, als die Errichtung einer Bad Bank zu beschließen, denn die EU verbot weitere Zuschüsse.⁵

Der unverkäufliche Teil der Kredite und Immobilien der Hypo, der sogenannte Abbauteil im Volumen von ca. 18 Milliarden Euro, muss damit in den Schuldenstand der Republik übernommen werden. Es steht in den Sternen, welcher Teil dieser ungeheuren Summe tatsächlich eingetrieben werden kann und welcher Teil abgeschrieben werden muss. Mittlerweile wissen wir, dass der Verkauf der Hypo-Töchter lediglich 200 Mio. Euro einbringt. Um die Hypo-Töchter überhaupt verkaufen zu können, mussten zuvor uneinbringliche Kredite der Hypo-Töchter im Ausmaß einiger Milliarden Euro vom Bund übernommen werden. Es ist zum aktuellen Zeitpunkt jedenfalls von einem Schaden im zweistelligen Milliarden Bereich auszugehen (Die Presse 21.11.2014). Im Vergleich dazu erscheinen die Schulden der Verstaatlichten Industrie oder die Verluste der Intertrading in den 80ern als »Erdnüsse«.

DIE KOSTEN DER GEORDNETEN INSOLVENZ

Dem gegenüber gibt es zahlreiche Hinweise, dass die Kosten einer geordneten Insolvenz deutlich geringer ausgefallen wären. Die Finanzprokurator unter Wolfgang Peschorn berechnete beispielsweise, dass eine Insolvenz dem Bund 5,6 Milliarden Euro erspart hätte (Der Standard 21.12.2014). Der Aufsichtsratschef der Finanzmarktbelegung AG des Bundes FIMBAG Hannes Androsch und WIFO-Chef Karl Aiginger kritisierten im Februar 2014, dass eine Insolvenz der Hypo seit 2009 geprüft werden hätte sollen. Es habe bis dato kein Abwägen von Für und Wider gegeben. Aiginger sah im Fall einer Insolvenz den Finanzplatz Österreich im Gegensatz zur Einschätzung von OENB-Gouverneur Ewald Nowotny nicht in Gefahr. Geeignete Maßnahmen würden einen Schneeballeffekt verhindern (Die Presse, 3.2. 2014). Nach Aiginger müssten Pläne für geordnete Insolvenzen ohnehin geprüft werden, da die zukünftige Bankenunion der EU auch vorsehe, Banken unter Einbeziehung der Gläubiger abzuwickeln.

Geordnete Insolvenz bedeutet beispielsweise eine Bankenabwicklung nach dem Muster des Dodd-Frank-Acts, den die Obama-Administration in den USA 2010 erließ. Dieses Gesetz ermöglicht es der Finanzmarktaufsicht die Leitung einer angeschlagenen Bank zu übernehmen und die Bank außerhalb der Gerichte nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten abzuwickeln. Die Republik hätte sich seit 2008 nicht nur die Staatshilfen an die Hypo erspart, sie hätte auch die Gläubiger, also all jene, die der Hypo Kärnten Kredit gewährt haben, zur Kasse bitten können. Im Sinne der Einlagensicherung wären zwar in Kroatien und Österreich Einlagen bis zu einer gewissen Höhe zu sichern gewesen sein, auch ökonomisch wichtige Kredite an Unternehmen und Haushalte wären selbstverständlich nicht fällig gestellt worden. Die damit verbundenen Kosten wären aber deutlich geringer ausgefallen als es jetzt der Fall ist. Denn auch die Landeshaftung hätte den Gläubigern nicht viel genutzt

PAPIERTIGER LANDESHAFTUNG

Die Insolvenz einer Gebietskörperschaft ist in Österreich nicht geregelt. Der Europarechtsexperte Stefan Griller zweifelt überhaupt an der Gültigkeit der Kärntner Landeshaftungen nach 2003 (Siehe Fußnote 3). Es bliebe den Gläubigern wohl nur ein langwieriger Rechtsweg. Was auch immer bei solchen Klagen herausgekommen wäre – das tatsächlich exekutionsfähige Vermögen des Landes Kärntens ist relativ unbedeutend. Zu diesem Schluss kommen wie bereits erwähnt ein Rechtsgutachten im Auftrag des Finanzministeriums und

der Insolvenzexperte Norbert Abel. Die Behauptung, dass Kindergärten von der Schließung bedroht gewesen wären, ist jedenfalls unrichtig. Der Bund hätte weder nach EU-Recht noch nach österreichischem Recht die Haftung für Kärnten übernehmen müssen. (Die Presse 28.11.2013)

Es bleibt das Argument, dass die Republik aus moralischen und ökonomischen Gründen für alle Haftungen seiner Bundesländer gerade stehen müsse.

MORAL UND ÖKONOMIE

Moralisch und politisch hat die öffentliche Hand sicherlich die Verpflichtung, KleinanlegerInnen zu schützen. Von einem Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches, also auch von jedem großen Gläubiger, kann aber ein gewisses Maß an Eigenverantwortung erwartet werden. Es war kein Geheimnis, dass das Volumen der Haftungen in den 2000er-Jahren ein unbezahlbares Ausmaß annahm, laut Griss-Bericht war dies sogar *unübersehbar*. Die moralische Frage lautet, ob die SteuerzahlerInnen grade stehen müssen, wenn große Gläubiger unübersehbaren Taschenspielertricks einer lokalen Gebietskörperschaft auf den Leim gehen.⁶

Die ökonomische Frage lautet, ob die Taschenspielertricks einer lokalen Gebietskörperschaft gleich einen ganzen Finanzplatz in den Abgrund reißen. Wir kennen bereits den Standpunkt des WIFO-Chefs Karl Aiginger. Dieser Standpunkt wurde offensichtlich von den österreichischen Banken geteilt. Ihre Weigerung, sich an den Kosten der Verstaatlichung zu beteiligen, zeigt, dass ihnen selbst eine unregelmäßige Insolvenz der Hypo wenig Sorgen bereitet hätte. Dass auch das nicht eben als wirtschaftsfeindlich bekannte Bayern ohne mit der Wimper zu zucken bekannt gab, selbst eine unregelmäßige Insolvenz in Kauf zu nehmen, vervollständigt dieses Bild.

Das Hypo-Sondergesetz vom Juni 2014, das willkürlich lediglich einen Teil der Gläubiger zur Kasse bittet, kann in diesem Zusammenhang nur als Eingeständnis der Regierung gewertet werden, bisher falsch argumentiert zu haben. Denn im Fall dieser Gläubiger folgt die Regierung plötzlich der Logik der BefürworterInnen einer kontrollierten Insolvenz. Eine Logik die aber für andere Gläubiger nicht gelten soll. Die Herangehensweise ist nicht nachvollziehbar.

SCHRECKGESPENST FINANZMARKT

Anfang 2014 begann auch das Finanzministerium – viel zu spät – über eine Insolvenz nachzudenken. Eine in Auftrag ge-

gebene Studie des renommierten internationalen Finanzexperten Oliver Wyman kam prompt zum Schluss: Der Bund würde sich durch eine geordnete Insolvenz der Hypo 5,3 Milliarden Euro sparen. Format (13.12.2013) schrieb dazu: »Oliver Wyman ist nicht irgendein Consulter. Das Beraterhaus unterstützt die Europäische Zentralbank bei der Bankenaufsicht (Stichwort: Asset Quality Review), die slowenische Regierung bei der aktuellen Bankenrettung und zählt neben der EU-Kommission auch diverse Notenbanken und Finanzregulierer zum erlauchten Kundenkreis.«

Nowotny und Liebscher begannen jetzt zu argumentieren, es würde dem Finanzplatz Österreich schaden, eine Insolvenz auch nur zu diskutieren. Sie schlugen damit einen Ton an, als würden die vier Reiter der Apokalypse hinter ihnen her sein. Zeitgleich begrüßte die Neue Zürcher Zeitung, nicht eben ein finanzmarktkritisches Blatt, die Insolvenzdiskussion als Tabubruch. Schlussendlich war es nicht die wirtschafts- und bankennahe ÖVP, sondern der Kanzler, der unter dem Einfluss seines wichtigsten Beraters Ewald Nowotny die Insolvenzdiskussion endgültig abwürgte. AK-Direktor Werner Muhm argumentierte, dass nach einer Insolvenz der Hypo Alpe-Adria der Finanzplatz Österreich an den Finanzmärkten nicht mehr in der »Deutschen Bundesliga« mitspielen könnte.

LEHREN

Was in der gesamten Hypo-Politik der Sozialdemokratie zum Ausdruck kommt, ist eine fast panische Angst vor den Finanzmärkten im Allgemeinen und den Ratingagenturen im Besonderen. Hier muss sich die Sozialdemokratie aber eine strategische Frage gefallen lassen: Wie soll es möglich sein, der unregelmäßigen Macht der Finanzmärkte Einhalt zu gebieten – wie gerne bei Wahlveranstaltungen betont – wenn man gleichzeitig vom Finanzmarkt geliebt werden möchte? Wenn dieser Widerspruch nicht aufgelöst wird, ist von der Diskussion über ein neues Parteiprogramm der SPÖ nicht viel zu erwarten.

Im Parteiprogramm der SPÖ von 1978 heißt es: »Sozialistische Wirtschaftspolitik beschränkt sich nicht darauf, Fehlentwicklungen der Marktwirtschaft jeweils im Nachhinein zu korrigieren.«

Eine minimalistische Interpretation dieser Formel hätte bedeutet, dass sich SozialdemokratInnen auf allen politischen und institutionellen Ebenen (Kärntner Landtag, Parlament, Ministerien, FMA, OeNB) zumindest für ein Ausschöpfen der vorhan-

denen Sanktions- und Kontrollrechte einsetzen hätten müssen. Das war im Fall der Hypo Alpe Adria sicherlich nicht der Fall.

Zudem ist fraglich, ob die ab den 80er-Jahren verfolgte Strategie, die gemeinnützig orientierten österreichischen Banken in gewinnorientierte Institute zu verwandeln, korrekt war. Der österreichische Bankensektor, der bis in die 80er-Jahre vor allem aus gemeinwohlorientierten Genossenschaftsbanken, Sparkassen und staatlichen Banken bestand, befand sich von 1946 bis in die 1980er-Jahre in einem einmaligen Zustand der Stabilität und trug wesentlich dazu bei, unser Land von einer Kriegsrüine in eines der reichsten Länder der Welt zu verwandeln. Die Phase der privatkapitalistischen Banken von 1980 bis heute gipfelte 2008 in der größten Bankenkrise aller Zeiten und hinterließ der öffentlichen Hand einen Schuldenstand, der alles bisherige in den Schatten stellt. Sechs Jahre danach gelten laut Global Financial Stability Report des IWF in Europa noch immer 70% der Banken als zu schwach, um adäquat Kredite an Unternehmen zu vergeben (Wiener Zeitung, 8.10.2014).

Mit ein Grund für den düsteren Konjunkturausblick. Der Chefvolkswirt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich Claudio Borio, der schon die Finanzkrise 2008 voraussagte, warnt bereits vor einer neuen Finanzkrise (Die Welt 20.10.2014). Die viel gepriesene Ostexpansion der österreichischen Banken führte bereits zu drei teuren Bankenzusammenbrüchen (Kommunalkredit, Volksbanken AG, Hypo Alpe Adria) und zu einem kostspieligen Bankenrettungspaket. Dubiose Geschäfte, wie die Vergabe von Fremdwährungskrediten in Ungarn und Polen, haben dem Image Österreichs nachhaltig geschadet. Die aktuellen Ereignisse in Russland zeigen, dass auch der Raiffeisenkonzern, die Bank Austria und die Erste Bank enorme Risiken eingegangen sind, die dem Steuerzahler möglicherweise noch um die Ohren fliegen werden. Letztlich ist auch der BAWAG-Skandal unter anderem eine Folge der Deregulierung des österreichischen Kreditwesens.

Das Rad der Geschichte einfach zurückzudrehen ist selbstverständlich keine Lösung. Die Sozialdemokratie sollte aber damit beginnen intensiv über Alternativen, daher über die mögliche Ausgestaltung eines modernen, transparenten und gemeinwohlorientierten Bankensektors nachzudenken. ❤️

JOSEF FALKINGER
arbeitet als Ökonom in Wien.

1. Dieses Gesetz bedeutete eine erste Deregulierung des österreichischen Bankwesens, weil es allen österreichischen Banken erlaubte, Universalbanken zu werden.
2. Die Umwandlung von Landeshypothekenbanken in Aktiengesellschaften wurde vom Bund ab 1986 gestattet.
3. Es ergibt sich daraus auch die juristische Frage, ob das Volumen der Haftungen während der Übergangszeit überhaupt ausgedehnt werden hätte dürfen. Univ. Prof. Dr. Stefan Griller sieht Landeshaftungen, die zwischen 2. April 2003 und 1. April 2007 eingegangen worden sind und keinen rechtlichen Zusammenhang mit älteren Verbindlichkeiten aufweisen, als ungültig an. (Griss-Bericht Seite 26 Absatz 178)
4. Die Risikovolumen der BayernLB im Fall einer Insolvenz lag bei 8,2 Mrd. Euro (Griss-Bericht, Seite 234, Absatz 706)
5. Die Errichtung der Abbaubank wurde bis zum Frühjahr 2014 hinausgezögert, um die Offenlegung des Schadens und die Übernahme der Hypo in den Schuldenstand des Bundes hinter die Wahlen 2013 zu verschieben. Diese Verzögerung hat laut Griss-Bericht ebenfalls Kosten verursacht. Es muss hier der Sozialdemokratie zu Gute gehalten werden, die rasche Errichtung einer Abbaugesellschaft wiederholt eingefordert zu haben.
6. Wären durch die schlechte Anlagestrategie von großen Gläubigern wie Pensionsfonds oder Versicherungen Versicherte zu Schaden gekommen, hätte der Bund diese Menschen entschädigen können. Eine solche Entschädigung fiel aber deutlich günstiger aus als die Bezahlung aller Gläubiger.

QUELLEN:

Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission zur transparenten Aufklärung der Vorkommnisse rund um die Hypo Group Alpe-Adria (Griss-Bericht), 2.12. 2014, <http://kurier.at/BerichtHypo-Untersuchungskommission.pdf/100.909.599> | Der Standard, 21.12.2014, <http://derstandard.at/2000009663828/Hypo-Nach-Balkan-Verkauf-machen-sich-Pleiteszenarien-wieder-breit> | Die Presse 3.2. 2014, http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1557832/Aiginger_HypoInsolvenz-ins-Augenfassen | Die Presse 6.2. 2014, http://diepresse.com/home/wirtschaft/recht/1558943/Hypo-Alpe-Adria_Ist-die-Insolvenz-Kaerntens-eine-Option | Die Presse 7.7.2014, http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/3834403/Experte_HypoHaftungen-zum-Teil-rechtswidrig | Die Presse 21.11.2014, http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/4601466/Bei-der-Hypo-laeuft-alles-schief?_vl_backlink=/home/wirtschaft/economist/1557859/index.do&direct=1557859 | Die Welt, 20.10.2014, <http://www.welt.de/wirtschaft/article133460675/Oberste-Zentralbank-prophezeit-neue-Blasen.html> | Die Zeit, 11.5.2010, <http://www.zeit.de/2010/20/A-Istrien-HAA> | Format, 13.12.2013, <http://www.format.at/skandale/hypo/wyman-bericht-hypo-insolvenz-loesung-370601> | Kurier, 13.4.2014: <http://kurier.at/politik/inland> | Profil, 22.3.2014, <http://www.profil.at/articles/1412/980/373667/hypo-folgen-wie-kaernten> | Wiener Zeitung, 8.10.2014, http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/international/667205_70-Prozent-der-Euro-Banken-sind-zu-schwach-fuer-Kredite.html | Wirtschaftsblatt, 26.11.2014: <http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/oesterreich/kaernten/1490693/HypoErmittlungen-dauern-noch-Jahre>

Markt oder Visionen

Thomas Nowotny beschäftigt sich in seinem Text mit Aspekten des Verhältnisses zwischen Marktwirtschaft und sozialdemokratischen Visionen in zwei Beiträgen in ZUKUNFT 12/2014.

Zwei Artikel in ZUKUNFT 12/014 bilanzieren kritisch das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und moderner Wirtschaft. Stefan Schimanova hält es für unausweichlich, dass modernes Wirtschaften den Konsumdruck übermäßig verstärkt. Identität und Selbstwert jedes Einzelnen, sowie dessen Stellung in der Gesellschaft würden zunehmend durch den Besitz teurer Konsumobjekte bestimmt. Der Drang sie zu erwerben wird umso dringlicher, je stärker jemand Gefahr läuft in der gesellschaftlichen Hackordnung nach hinten gereicht zu werden.

Der Druck lastet daher wuchtig gerade auf Jugendlichen mit »Migrationshintergrund« und/oder Jugendlichen aus sonst »bildungsfernen« Schichten. Nun werden aber gerade diese Menschen durch das Anwachsen wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit benachteiligt; sowie dadurch, dass in allen reichen Staaten die soziale Mobilität abnimmt; und man kann sich nicht einmal mehr an die Illusion klammern, durch Glück und eigene Anstrengung »vom Tellerwäscher zum Millionär« aufzusteigen. Ein gehobener Konsum, welcher Wohlhabenderen Identität verschafft, ist diesen Jugendlichen aus einer wachsenden »Unterschicht« unerreichbar. Die daraus erwachsende Frustration nährt die Suche nach anderen Stützen für Selbstwert und Identität. Eine davon ist die Hinwendung zu gewaltbereitem religiösem Fanatismus.

Solange die moderne Wirtschaft diesen hohen Konsumdruck schafft, und zugleich wachsende Ungleichheit, solange sind wohlhabende marktwirtschaftliche Gesellschaften dieser Gefahr einer entfremdeten jugendlichen Unterschicht ausgesetzt. Verfangen in der Hetzjagd nach einem den gesellschaftlichen Status bestimmenden aufwendigen Konsum, haben moderne Gesellschaften dieser Jugend keine Utopien zu bieten, keine Hoffnung auf menschenwürdigere Alternativen.

Solche Alternativen würde auch die Sozialdemokratie nicht anbieten, meint Karl Czasny in dem im gleichen Heft folgenden Artikel. Die Sozialdemokratie versteht es nicht länger, einen Ausweg aufzuzeigen aus dem Teufelskreis von steigendem Arbeitsdruck und zunehmendem Konsumzwang. Ganz im Gegenteil: Sie würde das teuflische Hamsterrad noch ölen und damit zum schnelleren Drehen bringen. Sie gibt sich aus als »Arzt am Krankenbett« dieses kapitalistischen Systems, rechtfertigt ihr Eingreifen aber letztlich nicht mit Zielen, die utopisch über das Regelwerk der Marktmechanik hinauslangen. Ja, sie würde dieses ihr Eingreifen ausdrücklich mit einer durch solche Eingriffe erhöhten Effizienz des Marktes legitimieren. Das wäre selbst dann der Fall, wenn mit solchen Eingriffen durchaus »linke« Ziele von Einkommensgerechtigkeit oder Vollbeschäftigung verwirklicht werden.

Der Ruf nach Verteilungsgerechtigkeit würde so mit dem Anspruch legitimiert, mit einer Einebnung der Einkommensunterschiede auch die Konsumnachfrage zu steigern. Wenn Geld zu ihnen umverteilt wird, könnten die Ärmere mehr einkaufen und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigern. Die Reicheren würden zwar einen kleinen Teil ihrer bisherigen, hohen Einkommen verlieren. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage würde dadurch aber nicht drastisch gekürzt, da die Reicheren einen guten Teil ihrer Einkommen ohnehin nicht ausgeben, sondern in Ersparnisse anlegen.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Auch die Forderung nach mehr Chancengleichheit im Bildungswesen würde, gemäß Czasny, letztlich mit wirtschaftlichen Argumenten begründet, und nicht damit, dass Bildung ein Wert an sich ist und ein Gut, das so wie Luft und Wasser, möglichst allen zur Verfügung stehen sollte. Stattdessen würde auch die Sozialdemokratie argumentieren, dass sich mit einer

besseren und breiteren Ausbildung der Bevölkerung auch die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft erhöht. Ja selbst wenn die demokratische Linke heute die Auswüchse der Finanzwirtschaft bekämpft, so geschähe das, wie Czasny meint, nicht in erster Linie im Sinne von Fairness und Gerechtigkeit, sondern unter Verweis auf den Schaden, welcher durch die Malversationen der Finanzwirtschaft in der »realen Wirtschaft« entsteht.

FAIRNESS UND EGALITÄT

Aber ist dieser Vorwurf an die Sozialdemokratie wirklich begründet? Ist es wirklich so, dass die europäische demokratische Linke soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, den Mangel an Bildungsmöglichkeiten, oder die Malversationen der Finanzwirtschaft wirklich ausschließlich mit dem Ziel bekämpft, dadurch der Wirtschaft zu dienen? Das scheint nicht schlüssig. Denn Fairness und Egalität in der Gesellschaft sind vorrangige Anliegen in allen wirtschaftlichen Entwicklungsstufen einer Gesellschaft. Das Streben nach Fairness und Gerechtigkeit muss sich also nicht durch den Verweis auf positive wirtschaftliche Folgen rechtfertigen, die mit mehr Fairness und Gerechtigkeit einhergehen. Das ist nicht eine bloße Behauptung. Diesen Vorrang für Fairness und Gerechtigkeit bestätigen auch Experimente der »empirischen Ökonomie«: Menschen sind durchaus gewillt, sogar wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen, wenn sie dadurch für mehr Gerechtigkeit oder für die Bestrafung von Übeltätern sorgen.

Dennoch wird die Tätigkeit eines sozialdemokratischen »Arztes am Krankenbett des Kapitalismus« nicht bloß solchen außerwirtschaftlichen Zielen von Gerechtigkeit und Fairness dienen. Es dient gleichzeitig der Wirtschaft selbst. Ohne solche Eingriffe tendiert eine völlig ihrer Eigendynamik überlassene Wirtschaft nämlich dazu, ihre eigenen Grundlagen zu zerstören. Ihr Funktionieren hat Voraussetzungen, die sie selbst, aus Eigenem, nicht herstellen kann. Sie müssen durch kollektives Handeln – also durch Politik – geschaffen werden.

Offensichtlich und auch weithin akzeptiert ist das heute schon im Bereich des Umweltschutzes, wenn es um den Erhalt einer zukunftssicheren Grundlage für das Leben von einmal 9 Milliarden Menschen geht. Ohne entschiedenes kollektives, also politisches Handeln wären etwa die Weltmeere in Kürze »ausgefischt«. Jeder einzelne Fischer, jeder einzelnen Staat mit einer wichtigen Fischereindustrie würde trachten, eine möglichst hohe Fischernte einzufahren solange »der Vorrang eben noch reicht«; solange eben bis dieser Vorrat dann

völlig ausgeschöpft wäre. Eine wichtige Nahrungsquelle der Menschheit wäre damit für immer vernichtet und das mit vorhersehbar schweren nicht nur sozialen, sondern auch wirtschaftlichen Folgen.

Das obige Beispiel zeigt, dass das sozusagen »normale«, von der Politik ungelenkte Wirtschaften der Allgemeinheit oft Kosten aufbürdet, die die Wirtschaft selbst nicht tragen will. Die Wirtschaft produziert etwa den Müll, der dann auf Kosten der Allgemeinheit entsorgt werden muss. Würde er nicht entsorgt, dann würde schlussendlich auch die Wirtschaft daran erstickten. Die Wirtschaft produziert die Autos – die Allgemeinheit zahlt über die Vermittlung der Politik die dafür notwendigen Straßen. Das im gewissen Ausmaß unvermeidbare Auf- und Ab der Wirtschaft produziert Arbeitslose. Für deren Unterhalt sorgt über einen politischen Entschluss die Allgemeinheit. Würde die Allgemeinheit sich diesen Aufgaben verweigern, so hätte dies neben schwerwiegenden sozialen auch schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Zu diesen Beispielen ließen sich unschwer unzählig weitere hinzufügen, die einen ebenso offenkundigen Zusammenhang erhellen: Kosten, die notwendiger Weise in der Wirtschaft entstehen, werden nicht von dieser getragen. Sie werden auf die Allgemeinheit abgewälzt – »externalisiert«.

INNERE WIDERSPRÜCHE

Weniger offensichtlich aber wohl noch grundsätzlicher als dieses Problem der durch die Wirtschaft der Allgemeinheit direkt verursachten Kosten sind die Probleme, die sich die Wirtschaft innerhalb ihres eigenen Wirkungskreises schafft – vor allem das Problem einer wachsenden Destabilisierung des ganzen Gebildes durch seine inneren Widersprüche. Schon Karl Marx hat auf diese destabilisierenden Widersprüche verwiesen. Gerade in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise scheint es nützlich, diese Thesen des Karl Marx erneut unter die Lupe zu nehmen.

Die damals neu entstandene industrielle Wirtschaft würde, so Marx, im Wesentlichen von dem Wechselspiel zwischen zwei Lagern oder zwei »Produktionsfaktoren« bestimmt. Auf der einen Seite stünde die Arbeit und die Arbeiter, welche durch ihre Tätigkeit den tatsächlichen »Mehrwert« schaffen. Auf der Gegenseite stünden das Kapital und die Kapitalisten. Sie besitzen die Fabriken und sie kaufen die Maschinen. Die Arbeiter sind daher von ihnen abhängig und die Kapitalisten hätten daher Macht und Möglichkeit, den Werkträgern den durch deren Arbeit geschaffenen Mehrwert vorzuenthalten

und sich diesen dann selbst anzueignen. Das so bei den Kapitalisten angehäufte Geld kann aber nicht sinnvoll investiert oder konsumiert werden. Es daher wird in periodischen Krisen vernichtet.

MEHRWERT

Seit der Zeit von Karl Marx haben sich die Produktionsbedingungen grundsätzlich verändert. Es sind nicht nur die Lohnabhängigen die »Mehrwert« schaffen. Zum »Mehrwert«, zur ansteigenden Produktivität, trägt auch vieles andere bei: technischer Fortschritt; eine laufende Verbesserung in der Organisation der Warenherstellung (z.B. durch die Schaffung transnationaler Zuliefer-Ketten); ein Kulturbetrieb, der Unternehmertum stützt und fördert; umfassenderes »Humankapital« – also eine bessere Ausbildung breiter Bevölkerungsschichten; eine leistungsstarke Transportinfrastruktur; ein System von Rechtssicherheit; und nicht zuletzt stabile gesellschaftliche Verhältnisse, die es Konsumenten und Produzenten, Bürgern und Unternehmern ermöglicht, langfristig zu planen.

Betrachtet man diese Liste der für steigende Produktivität maßgeblichen »Produktionsfaktoren«, so drängen sich zwei Schlüsse auf. Erstens leistet das reine Kapital heute nur einen relativ geringen Beitrag zur Schaffung von »Mehrwert« (statistischen Analysen zu Folge nicht mehr als einen Beitrag in der Höhe 10 – 15 Prozent der Gesamtsumme der Beiträge aller jener Faktoren, die dem Wirtschaftswachstum zu Grunde liegen). Zweitens werden die meisten anderen Vorbedingungen für produktives Schaffen direkt oder indirekt vom Staat bereit gestellt.

PRODUKTIONSFAKTOREN

Vieles hat sich also seit der Zeit von Karl Marx geändert, als dieser die Wirtschaft noch aus der Wechselwirkung von bloß zwei »Produktionsfaktoren« erklären wollte. Unverändert ist hingegen, dass sich die Kapitalisten, und in letzter Zeit zunehmend die Besitzer von bloßem Finanzkapital, viel mehr vom »Mehrwert« aneignen als ihrem wirklichen wirtschaftlichen Beitrag entspricht. So wie in der Zeit von Karl Marx entstehen aus dieser ungenutzten Anhäufung von Geld auch heute Probleme. Die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise ist dafür Beweis. Das von den Finanzkapitalisten gehortete Geld hätte diesen durch den Staat in Form von Steuern entzogen werden müssen, und vom Staat in produktive und stabilisierende Investitionen in Bildung, Infrastruktur, etc. umgeleitet werden müssen. Dazu ist es nicht gekommen. Unter dem Mot-

to »Mehr Privat als Staat« trat das Finanzkapital in einen unbefristeten »Abgabestreik«¹ und entzog damit dem Staat jene Mittel, die notwendig gewesen wären, um das wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Sparen, Konsum und Investitionen zu erhalten, und um die für das weitere Gedeihen der Wirtschaft notwendigen Investitionen vorzunehmen.

BULIMISCHER STAAT

Anders als von den neo-konservativen Apologeten behauptet, liegt das Problem also nicht in einer zu umfassenden Tätigkeit des Staates, sondern darin, dass er so sehr zum »schlanken Staat« abgespeckt, seine auch für die Wirtschaft notwendigen Funktionen nicht länger erfüllen kann. Anders als von den neo-konservativen Apologeten des Finanzkapitals behauptet, kann die rein private Wirtschaft die meisten dieser Aufgaben des Staates nicht übernehmen oder ersetzen, oder zumindest nicht auf wirtschaftlich bzw. effektive Weise. Natürlich kann man ein Gesundheitssystem auch in erster Linie privatwirtschaftlich organisieren. Das tun zum Beispiel die USA.

Nur kostete das dann fast doppelt so viel wie ein staatlich organisiertes Gesundheitssystem. Natürlich lässt sich eine Pensionsvorsorge großteils auch privat und über den Kapitalmarkt aufstellen. Aber Kosten für die Verwaltung eines solchen privaten Systems sind um vielfaches höher als die administrativen Kosten einer öffentlichen Pensionsvorsorge; und auch die Leistung erhält man in einem solchen privaten System weniger verlässlich als in einem System der öffentlichen Altersvorsorge.

Mit steigendem Wohlstand weitet sich also der Kreis der unentrinnbar staatlichen Aufgaben² (Wagner'sches Gesetz, benannt nach dem deutschen Nationalökonom Adolph Wagner). Das liegt in einem Jahrhundert-Trend. Nicht einmal Erzkonservative wie der US-Präsident Ronald Reagan oder die britische Premierministerin Magret Thatcher haben diesen Trend brechen können.³ Auch unter diesen beiden Regierungschefs erhöhte sich die »Staatsquote«.

Eine hohe Staatsquote und Steuerlast schafft zweifellos einige wirtschaftspolitische und technische Schwierigkeiten. Dass diese bewältigt werden können⁴, zeigt das Beispiel der nordischen Staaten. In allen von ihnen liegt die Staatsquote über oder bei 50 Prozent. Dennoch zählen sie zu den wohlhabendsten Ländern der Erde. Sie zählen zu den Ländern, in denen das System als »gerecht« empfunden wird; und wo sich die Bürger am »glücklichsten« fühlen.

Hohe Staatsquote = wohlhabend, gerecht und glücklich

	Rangordnung nach Höhe der Staatsquote FN 1	Rangordnung nach der Höhe des per capita BNP FN2	Rangordnung im »Happiness Index« FN3	Rangordnung im »Gerechtigkeitsindex« FN4
Norwegen	1	1	2	
Dänemark	2	8	1	3
Finnland	3	12	7	2
Schweden	5	7	5	1
Österreich	8	5	8	6
Niederlande	10	6	4	4
Deutschland	12	10	20	7

Erklärung

FN 1 = Rangordnung unter 34 OECD Staaten; Quelle OECD

FN 2 = BNP per Capita, kaufkraftbereinigt, Rangordnung unter 30 Staaten, Quelle OECD

FN 3 = Rangordnung unter 30 aus dem UN Happiness Index ausgewählten Staaten, Quelle UN

FN 4 = Rangordnung unter 19 im »Gerechtigkeitsindex der Bertelsmann – Stiftung gelisteten Staaten«

Quelle: Bertelsmann Stiftung

In der obigen Tabelle scheinen allerdings einige durchaus wohlhabende Länder nicht auf, in denen die Staatsquote zwar ebenfalls steigend, aber noch relativ niedrig ist. Das gilt zum Beispiel für Japan und die Vereinigten Staaten⁵. Natürlich sind das auch Marktwirtschaften und sogar einigermaßen erfolgreiche. Aber anders als die nordischen Marktwirtschaften ist die Marktwirtschaft in den USA und in Japan eben nicht sozialdemokratisch geprägt.

Auch China hat eine Marktwirtschaft und zwar auch eine erfolgreiche. Sie ist aber ebenfalls nicht sozialdemokratisch geprägt, sondern staatskapitalistisch/kommunistisch.

MARKTWIRTSCHAFT

Marktwirtschaft kann in verschiedenen Staaten mehr oder weniger effizient sein. In unterschiedlichen Staaten und Regionen der Welt verbündet sie sich jedenfalls mit unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Systemen. Denn alleine und nur im Regelkreis ihrer ureigensten Mechanik kann eine Marktwirtschaft nicht fortbestehen. Ohne die Stütze und Kompensation durch Gesellschaft und Politik würde sie zusammenbrechen. Zusammenbrechen müsste sie einerseits deshalb, weil die durch sie geschaffenen Kosten »externalisiert« werden und weil diese externalisierten Kosten beglichen werden müssen, will man verhindern, dass sie die Gesellschaft und mit ihr die Marktwirtschaft überwältigen. Wie verschieden auch immer die ordnungspolitischen Systeme etwa Skandinaviens, der Vereinigten Staaten oder Chinas, so muss dennoch in allen Fällen kollektives, politisches Handeln gegensteuern, um den Markt vor seiner eigenen Widersprüchlichkeit und Krisenanfälligkeit zu schützen. Wie die obige Tabelle zeigt, haben die sozialdemokratisch geprägten skandinavischen Staaten, sowie die Niederlande und Österreich diese Aufgabe besonders gut bewältigt. Das hat seine Ursache gewiss nicht

darin, dass diese Staaten, so wie Karl Czasny in seinem ZUKUNFT-Beitrag fordert, »Sand in das Marktgetriebe gestreut« hätten. Hätten sie das getan, dann wären sie wohl nicht so wohlhabend, wie sie es heute sind.

Karl Czasny kann auch nicht glaubhaft machen, was ein solches erfolgreiches »Sandstreuen« sein sollte, und was es bewirken sollte. Er versucht eine Erklärung mit (übrigens nicht bloß von ihm) befürworteten Maßnahmen auf dem Wohnungsmarkt. Es sollte Mietzinsobergrenzen geben und für lange leer stehende Wohnungen sollten Eigentümer eine »Leerstandabgabe« entrichten.

Aber warum schädigt das die Wirtschaft und warum soll es das »heilige Wirtschaftswachstum« nach unten drücken? Eine Leerstandabgabe würde den Wohnungsmarkt nicht dämpfen, sondern vielmehr beleben. Mietzinsobergrenzen hat es in vielen reichen Staaten gegeben⁶, ohne dass dies dort das Wirtschaftswachstum gehemmt hätte. Ja, es lässt sich glaubhaft argumentieren, dass solche Mietobergrenzen die Wirtschaft belebt haben, weil so bei den durchschnittlich ärmeren Mietern die Kaufkraft gestärkt wurde, während bei den Vermietern Einnahmen verringert wurden, die sie ohnehin weitgehend gehortet und nicht wieder in den Wirtschaftskreislauf eingefüttert hätten.


Die Sozialdemokratie kann also selbstbewusst auftreten und glaubwürdig behaupten, langfristig mehr zum Wachsen des allgemeinen Wohlstandes beigetragen zu haben als ihre konservativen, den Kapitalbesitzern verhafteten Gegner. Demgegenüber ist es politisch wohl selbstmörderisch sich in einer Zeit als Gegner von Wirtschaftswachstum zu profilieren, in der wir in Österreich erneut in eine Rezession schlittern, in der eine lange Periode deflationären Stillstands droht; und

in der die Arbeitslosigkeit eine Rekordhöhe erreicht hat. Aber im Wesentlichen geht es Karl Czasny wohl ohnehin nicht in erster Linie um einen Kampf gegen Wirtschaftswachstum und Wirtschaftskompetenz. Sowohl ihm, wie auch vor ihm Stefan Schimanowa geht es wohl um Grundsätzlicheres. Sie warnen vor dem Fortlaufen einer Entwicklung, in der die Marktlogik ihre Herrschaft allmählich über das gesamte gesellschaftliche und politische System ausbreitet. Wie oben ausgeführt, muss es aber ein Gegengewicht zu dieser Logik geben – Einrichtungen und Maßnahmen, die den Markt ergänzen, korrigieren oder in Schranken weisen.

GEGENGEWICHT

Dieses Gegengewicht entsteht nicht von selbst. Es ist in den Visionen von einer möglichen besseren Gesellschaft begründet. Solche Visionen müssen dargestellt, verbreitet, weithin akzeptiert und politisch wirksam gemacht werden. Das war und wäre die Aufgabe der Sozialdemokratie. Versagt sie daran, dann verliert die Sozialdemokratie ihre politische Rechtfertigung und müsste zum bloßen Kampfverband verkommen, dessen ausschließlicher Zweck es wäre, eine Elite mit inhaltlich beliebigen politischem Programm an die Macht zu bringen und an der Macht zu halten.

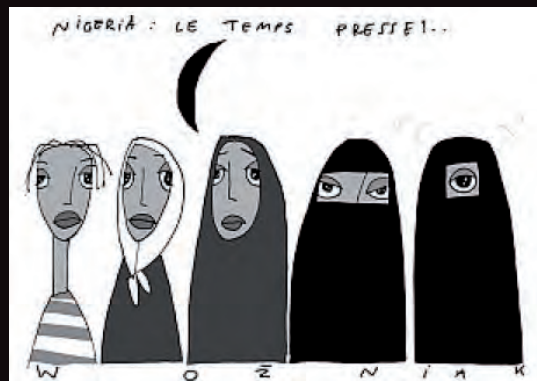
Aber anders als in der Darstellung von Schimanowa können und sollen solche politische Visionen mit Religion nicht konkurrieren und können und sollen sich die die politischen Visionen der Sozialdemokratie auch gar nicht an die Stelle von Heilserwartungen setzen, die der radikale Islam in die Politik einfütert. Die Aussagen und Heilsversprechen von Religionen sind nicht »falsifizierbar«. Sie beruhen auf blindem Glauben und müssen sich nicht an der Wirklichkeit und daran messen, ob sie praktisch umgesetzt werden können.

Gerade diese ihre nicht hinterfragbare Totalität macht solche religiöse Heilsversprechen ja attraktiv. Sie sind attraktiv vor allem in unsicheren Zeiten und bei Menschen, die nirgendwo in der Gesellschaft fest verankert sind. Religionen geht es um ein besseres Leben in einem unbekanntem Jenseits. Sozialdemokratische Visionen hingegen sind auf der niedrigeren Ebene des Diesseits angesiedelt. Sie zielen bloß darauf ab, mit Maßnahmen, die allesamt diskutiert, angenommen oder verworfen werden können, Gesellschaften künftig politisch so zu gestalten, dass sie allen ihren Mitgliedern »eine gute Heimat bieten«. Aber ist das nicht hinlänglich faszinierend und motivierend? 

1. Der Ausdruck »Abgabestreik« stammt von: Wolfgang Streeck, (»Gekaufte Zeit...«, Suhrkamp 2013)
2. Das ist hat mehrere Ursachen. Die sogenannte »Baumol'sche Kostenkrankheit« sorgt dafür, dass die Kosten der Serviceleistungen – und darunter natürlich auch die Kosten der staatlichen Service-Leistungen – stärker steigen als die Kosten für industrielle oder landwirtschaftliche Güter. Mit zunehmenden Wohlstand »altern« Gesellschaften und gerade eine alternde Bevölkerung ist auf finanzielle und nicht-finanzielle Hilfe des Staates angewiesen. Aber darüber hinaus rücken Menschen im Zuge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung immer enger aneinander. Die gegenseitige Abhängigkeit wächst. Es wächst damit die Zahl und Komplexität jener Aufgaben, die nur gemeinsam und im Wege über die Politik erledigt werden können.
3. In Staaten mit schon sehr hohem Einkommen steigt sie allerdings etwas langsamer als in Staaten mit noch mittel-hohem Einkommen.
4. Als in Österreich unter dem Finanzminister Böhm-Bawerk 1896 zum ersten Mal eine damals noch überaus bescheidene progressive Einkommensteuer (mit einem Höchststeuersatz von 5 Prozent) eingeführt wurde, hielt man schon damals dagegen, dass die Wirtschaft selbst diese relativ geringfügige Steuer nicht verkraften könne. Nun, sie ist auch nachher noch kräftig gewachsen.
5. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in den USA einige sozialpolitische Maßnahmen nicht direkt vom Staat finanziert werden, sondern durch Steuerbegünstigungen. So kann etwa der Beitrag zur Krankenversicherung und zur Pensionsvorsorge von der Steuer abgeschrieben werden, ebenso wie die Zinsen für Hypotheken, die zum Ankauf eines Eigenheims aufgenommen wurden. Dem Staat entfallen dadurch Steuereinnahmen, die er sonst lukrieren könnte. Es erwachsen auf diese Weise dem Staat also auch Kosten. Würde man sie bei der Berechnung der Staatsquote berücksichtigen, so würde sich die Höhe dieser Staatsquote der europäischen Staaten annähern.
6. Es gibt sie auch noch weiterhin; nicht bloß in Österreich, sondern sogar in einige Staaten und Städten der USA, wie z. B. in New York.

THOMAS NOWOTNY

ist Jurist und war jahrzehntelang im diplomatischen Dienst der Republik Österreich tätig. Von 1970–1975 war er Sekretär im Kabinett von Bundeskanzler Bruno Kreisky, 1983–1993 Leiter der Grundsatzabteilung des Außenministeriums, danach bei der OECD in Paris und in vielen anderen Funktionen tätig. Im »Ruhestand« lehrt er »Internationale Beziehungen« an der Universität Wien.



Nigeria: Die Zeit drängt.

Europäisches Jahr der Entwicklung

2015 soll in der EU zum »Europäischen Jahr der Entwicklung« werden. Unter dem Motto »Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft« soll über Entwicklungszusammenarbeit informiert und ein neuer Kurs eingeschlagen werden. Stefan Brocza erläutert das Konzept und kontextualisiert die Leitlinien im Rahmen der europäischen Entwicklungspolitik der Nachkriegszeit.

Die Europäische Union gemeinsam mit ihren 28 Mitgliedsländern ist der weltweit größte Geber öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA). Im Jahr 2013 wurden so Hilfen in einem Gesamtausmaß von beachtlichen 56,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Dies entspricht 52 Prozent der weltweit im Laufe dieses Jahres gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe. Allein die EU hat im selben Jahr 2013 ebenfalls eine beträchtliche Summe für Außenhilfe bereitgestellt: 14,86 Milliarden Euro. Hauptempfänger waren die Niedrigeinkommensländer und die am wenigsten entwickelten Länder.

Die EU ist dabei in 140 Staaten vor Ort präsent und verfügt über ein sehr breit gefächertes Know how und eine einzigartige Glaubwürdigkeit und Neutralität in Bezug auf Menschenrechte, Wahlbeobachtung, Staatsführung und Krisenbewältigung. Die EU-Programme laufen in der Regel über mehrere Jahre, sodass die Entwicklungshilfe langfristig angelegt und planbar ist. Diese zwei Faktoren gelten als zentral dafür, damit eine nachhaltige Entwicklung stattfinden kann.

Die EU spielt insbesondere bei der Koordinierung der Maßnahmen der verschiedenen Geber eine zentrale Rolle. Sie setzt gemeinsame Ziele, formuliert umfassende Lösungen für globale Entwicklungsprobleme und wirkt bei deren Umsetzung mit. Schließlich hat die EU auch das nötige kritische Gewicht, um einerseits auf globale Herausforderungen angemessen reagieren zu können und andererseits auch, um auf andere Schlüsselakteure im weltweiten Entwicklungsdiskurs einzuwirken.

Die Aktivitäten der EU im Bereich der Entwicklungshilfe sollen im Idealfall mit den Maßnahmen in anderen Politik-

bereichen – u. a. humanitäre Hilfe, Umwelt, Sicherheit und Handel – abgestimmt sein (so genannte Kohärenz). Gerade in den letzten Jahren ist hier jedoch eine Verschiebung des politischen Akzents klar zu erkennen: Die klassische Entwicklungspolitik wird zunehmend (wieder) als ein Element der Außenpolitik verstanden und verliert ihre Sonderstellung. Gleichzeitig sieht sie sich auch einem allgemeinen Trend zur »Versicherheitlichung« unterworfen.

HISTORISCHE ENTWICKLUNG EINER EUROPÄISCHEN ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die Entwicklungszusammenarbeit war von Anfang an ein fester Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses. Bereits die Römischen Verträge (1957) sahen Sonderregeln zur Unterstützung und Entwicklung der (damaligen) zahlreichen Kolonial- und Überseegebiete der EG-Mitgliedstaaten vor. Als Anfang der 1960er-Jahre die Entkolonialisierung einsetzte, erklärten sich die Mitgliedstaaten bereit, einen Teil der Kosten im Zusammenhang mit der Entlassung ihrer ehemaligen Kolonien in die Unabhängigkeit zu tragen. Diese Politik wurde schrittweise auf immer mehr Entwicklungsländer in Asien, Lateinamerika und in der europäischen Nachbarschaft ausgeweitet.

Bekanntestes Instrument für diese Politik war die so genannte Lomé-Konvention, die ab 1975 die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten) umfassend regelte. Zentrales Element der damaligen Entwicklungsbemühungen war das Einräumen eines einseitigen präferentiellen Zugangs von Waren aus dem AKP-Raum auf den europäischen Binnenmarkt: AKP-Waren hatten de facto einen zoll- und kontingentfreien Zugang nach Europa, europäischen Waren war ein solcher Zugang auf

AKP-Märkte jedoch verwehrt. Dieser Ansatz war jedoch (aus den verschiedensten Gründen) nicht erfolgreich. Die AKP-Staaten schafften es nicht, wirtschaftlichen Vorteil aus diesen Handelssonderkonditionen zu ziehen. Die im Rahmen der WTO-Gründung in den 1990er Jahren einsetzende weltweite Handelsliberalisierung und der damit einhergehende allgemeine Zollabbau sowie die Etablierung der Handelsprinzipien der Meistbegünstigung und der Nicht-Diskriminierung machten eine Neujustierung der Handelsbeziehungen zu den AKP-Staaten notwendig. Darüber hinaus erlaubten die WTO-Regeln Freihandel nur noch nach dem Prinzip der gegenseitigen (vollständigen) Marktöffnung – wodurch die einseitigen Zugangspräferenzen der AKP-Staaten sich ebenfalls überlebt hatten.

Als Konsequenz wurde im Jahr 2000 das weitreichende Cotonou Abkommen zwischen der EU und AKP Staaten geschlossen. Dieses Handels- und Entwicklungshilfeabkommen ist die bisher umfassendste Partnerschaft zwischen den AKP Staaten und der EU. Es sieht die Schaffung WTO-konformer Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit verschiedenen geografischen Regionen der AKP-Staaten vor und beinhaltet darüber hinaus weitreichende Regeln zur Intensivierung des politischen Dialogs (u.a. werden die AKP-Staaten politisch dazu verpflichtet, sich dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu unterstellen). Das Cotonou-Abkommen läuft über einen Zeitraum von 20 Jahren. 2015 beginnt die EU ihre (interne) Position für eine »post-Cotonou«-Ära zu definieren.

ZENTRALES FINANZINSTRUMENT: EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSFONDS (EEF)

Das zentrale Finanzinstrument der europäischen Entwicklungspolitik für die AKP-Staaten ist der Europäische Entwicklungsfonds (EEF). Zusätzliche Finanzierungsinstrumente, wie das Instrument für die Entwicklungszusammenarbeit und das Europäische Nachbarschaftsinstrument, ermöglichen die Arbeit auch in anderen Teilen der Welt.

Der EEF wurde im Jahr 1958 errichtet und nahm im folgenden Jahr die Arbeit auf. Der geographische Schwerpunkt des Instruments liegt auf einer Reihe von überseeischen Ländern und Gebieten und Drittländern wie ehemaligen Kolonien, zu denen einige Mitgliedstaaten der EU besondere historische Beziehungen unterhalten. Der EEF ist das größte geografische Instrument für Entwicklungszusammenarbeit, das von der Kommission verwaltet wird. Seine Gesamtmittel für den Zeitraum 2014–2020 belaufen sich auf über 30,5 Milliarden Euro.

In der EU wird die öffentliche Entwicklungshilfe entweder durch nationale Programme der Mitgliedstaaten oder gemeinsame Programme im Rahmen des EU-Haushalts bereitgestellt. Der EEF jedoch ist eine Kategorie für sich. Er ist ein zwischenstaatlicher Fonds außerhalb des EU-Haushalts, doch der Großteil seiner Mittel wird von der Europäischen Kommission verwaltet. Die EU-Länder stellen einen Teil ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe über den EEF bereit. Das Europäische Parlament hat immer wieder die vollständige Integration des EEF in den EU-Haushalt (die sogenannte »Einbeziehung«) gefordert, um die öffentliche Kontrolle dieses Fonds auszubauen, seine Verfahren zu vereinheitlichen und seine Wirksamkeit zu verstärken. Seit 1973 hat die Kommission regelmäßig Vorschläge für die Einbeziehung des EEF vorgelegt, allerdings konnten die Mitgliedstaaten nie die dafür notwendige Einstimmigkeit erreichen.

Da der EEF außerhalb des EU-Haushalts angesiedelt ist, gilt für ihn eine Ausnahme vom Grundsatz der Haushaltseinheit, laut dem sämtliche Einnahmen und Ausgaben in einem einzigen Haushalt erfasst sein müssen. Somit ist er auch nicht im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU enthalten, dem Finanzplanungsinstrument, mit dem die Obergrenzen für die Finanzmittelzuweisungen für jede wichtige EU-Ausgabenkategorie für eine Reihe von Jahren vorab festgelegt werden (aktuell für den Zeitraum 2014–2020). Die Ursprünge dieser Sonderbehandlung gehen bis auf den ersten EEF zurück. Zu dieser Zeit wurden gemeinsame Ausgaben durch nationale Beiträge finanziert. Da die Mitgliedstaaten jedoch historisch in unterschiedlichem Maße mit den geografischen Begünstigten des EEF verflochten waren und somit auch in unterschiedlichem Maße an der Entwicklungszusammenarbeit beteiligt waren, wurden für dieses Instrument eigene spezifische Kostenteilungsvereinbarungen (oder sogenannte »Beitragsschlüssel«) vereinbart.

Die Kostenaufteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten ist hier anders als im normalen EU-Haushalt. Die meisten Mitgliedstaaten, die der EU ab 2004 beigetreten sind, blicken auf eine eher kurze Tradition der Entwicklungspolitik zurück, und der 10. EEF (für die Periode 2008–2013) war der erste, an dem sie sich beteiligten, wobei die Beitragsschlüssel aller neuen Mitgliedstaaten (außer Polen) unter 1 Prozent lagen. Im internen Abkommen für den aktuellen 11. EEF (für die Periode 2014–2020) ist eine Erhöhung ihrer Beiträge zum Haushalt erkennbar, während sechs EU-Länder (Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Spanien und Vereinigtes Königreich)

in absoluten Zahlen mehr als drei Viertel des Gesamtbetrags einzahlen. Wenn man die Beiträge pro Kopf betrachtet, stehen Dänemark, Luxemburg und Schweden an der Spitze der EEF-Beitragszahler. Österreich fällt dabei – wie zu erwarten – nicht unbedingt durch Großzügigkeit auf. Auch wenn die Beiträge zum EEF freiwillig sind, halten sich die Mitgliedstaaten in der Praxis an die Kostenteilungsvereinbarungen, auf die sie sich geeinigt haben.

MILLENNIUM ENTWICKLUNGSZIELE DER VEREINTEN NATIONEN

Beim Gipfel der Vereinten Nationen im Jahr 2000 hat die EU gemeinsam mit anderen globalen Akteuren ihre Bereitschaft erklärt, die Armut in der Welt bis 2015 zu beseitigen. Es wurden dafür acht Millennium Entwicklungsziele vereinbart:

- Bekämpfung von extremer Armut und Hunger;
- Grundschulbildung für alle;
- Förderung der Gleichstellung der Geschlechter;
- Senkung der Kindersterblichkeit;
- Verbesserung der Gesundheit von Müttern;
- Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten;
- Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit;
- Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

Diese Millennium Entwicklungsziele stehen im Zentrum der europäischen Entwicklungszusammenarbeit und bilden deren wichtigste Zielvorgaben. Zentrales Anliegen ist die Mobilisierung ausreichender finanzieller Mittel. Dazu wurde 2002 im mexikanischen Monterrey eine Konferenz der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung abgehalten, die in den Konsens von Monterrey mündete, der die Staats- und Regierungschefs dazu verpflichtete, alle Quellen zur Entwicklungsfinanzierung (im Inland und international, öffentlicher und privater Art) zu mobilisieren, einschließlich einer erheblichen Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe.

AGENDA FÜR DEN WANDEL

Die 2011 angenommene »Agenda für den Wandel« ist eine EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut, die sich dadurch auszeichnet, dass sie die Art und Weise entscheidend verändert, wie EU Entwicklungshilfe geleistet wird. Dazu gehören folgende Änderungen:

- Differenzierung: Der zweigleisige Ansatz besteht darin, dass Länder gefördert werden, in denen die Entwick-

lungshilfe die größte Wirkung entfalten kann und wo Hilfe am nötigsten ist. Welche Art von Unterstützung am wirkungsvollsten ist, sollte auf Grundlage der jeweiligen länderspezifischen Situation festgelegt werden;

- Fokussierung der Tätigkeit der EU auf maximal drei Sektoren pro Land;
- Verbesserung der Koordinierung auf EU Ebene für eine erhöhte Wirkung und bessere Ergebnisse in der Entwicklungszusammenarbeit;
- besondere Förderung von Menschenrechten, Demokratie und verantwortungsvoller Staatsführung, Berücksichtigung der Erfahrungswerte im Zusammenhang mit den jüngsten Umbrüchen in Nordafrika und Nahost;
- vermehrte Unterstützung für ein integratives und nachhaltiges Wachstum durch ein aktiveres Engagement in strategischen Sektoren wie der Landwirtschaft und dem Energiesektor und Förderung der Entwicklung des privaten Sektors;
- Maximierung der politischen Kohärenz, damit sichergestellt ist, dass die Belange der Entwicklungspolitik in allen Politikbereichen der EU Berücksichtigung finden. So wird die EU zum Beispiel Entwicklung und Handel aufeinander abstimmen können.

Während der Anteil der Menschen, die in den Entwicklungsländern in extremer Armut leben, zwischen 1990 und 2005 von 46 auf 27 Prozent gefallen ist, leben weltweit immer noch etwa 1,2 Milliarden Menschen unter der international geltenden Armutsgrenze von 1,25 US-Dollar pro Tag. Diese Zahlen zeigen einerseits die ermutigenden Fortschritte, die schon erzielt werden konnten, und andererseits das noch immer herrschende Ausmaß an Armut.

UMSETZUNG DER EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK

Bei ihrer Hilfeleistung an Staaten kombiniert die EU verschiedene Ansätze. Die Hilfe wird vorrangig über Projekte, Zuschüsse und Aufträge gewährt, aber auch durch sektorspezifische Hilfe und Haushaltsunterstützung.

Individueller Ansatz

- Projekte, Zuschüsse und Aufträge: Ein entwicklungspolitisches Projekt besteht aus einer Reihe von Aktivitäten zur Erreichung bestimmter Ziele innerhalb eines definierten Zeitraums und Budgets. Zuschüsse sind direkte Finanzhilfen für Organisationen oder für von diesen geleitete Projekte. Aufträge werden mittels Ausschreibungsverfahren zur Beschaffung von Dienstleistungen, Waren

- oder Bauleistungen vergeben.
- Haushaltsunterstützung umfasst Geldanweisungen an das Partnerland in Verbindung mit einem intensiven politischen Dialog. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Bewertung und Verbesserung der Wirkung dieser Mittel. Diese Form der Haushaltsunterstützung wurde zum wichtigsten Instrument zur Finanzierung der EU-Entwicklungsstrategien. Die Bereitstellung von Hilfe erfolgt in Abstimmung auf den für ein Land jeweils ermittelten Bedarf und unter nachdrücklicher Schwerpunktsetzung auf national verantwortete Entwicklungsstrategien. Um für Haushaltsunterstützung in Frage zu kommen, müssen potenzielle Empfängerländer ihr Engagement in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und verantwortungsvolle Staatsführung unter Beweis stellen und strenge Kriterien erfüllen, unter anderem im Hinblick auf die Verwaltung öffentlicher Finanzen.
- Sektorspezifische Hilfe: Ein Großteil der von der EU bereitgestellten Entwicklungsgelder fließt in bestimmte Sektoren der Partnerländer wie Energie, Landwirtschaft oder Bildung. Sektoren erhalten Unterstützung in Form von finanziellen Hilfen für Programme, die von den Partnerländern durchgeführt werden. Die Finanzhilfen können in Form von sektorspezifischer Haushaltsunterstützung, Zuschüssen und Aufträgen gewährt werden oder durch die Zusammenlegung von Ressourcen unterschiedlicher Geber.

EIN HORIZONTALER UND EIN VERTIKALER ANSATZ

Die Entwicklungshilfemechanismen der EU sind geografisch oder thematisch ausgerichtet. Für die Jahre 2014–2020 ist über drei geografische und drei thematische Instrumente festgelegt, wohin und wie Gelder fließen sollen.

Der Großteil der Entwicklungshilfe stammt aus Instrumenten mit geografischer Schwerpunktsetzung:

- Der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) als das wichtigste Instrument der Hilfe für AKP-Staaten und überseeische Länder und Hoheitsgebiete (ÜLG).
- Das Instrument für die Entwicklungszusammenarbeit deckt die Zusammenarbeit mit Lateinamerika, Asien, Zentralasien, Nahost und Südafrika ab. Es umfasst fünf thematisch ausgerichtete Programme zur Bewältigung globaler Herausforderungen: Umweltschutz, die Rolle nichtstaatlicher Akteure, Ernährungssicherheit, Migration

sowie menschliche und soziale Entwicklung.

- Die Finanzierung für die Zusammenarbeit mit anderen Nachbarstaaten erfolgt über das Europäische Nachbarschaftsinstrument. Diese geografischen Werkzeuge werden durch Instrumente mit thematischem Schwerpunkt ergänzt, die allen Entwicklungsländern offenstehen:
- Ziel des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte ist der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.
- Das Instrument für Stabilität und Frieden stärkt die Sicherheit in Krisensituationen und unterstützt die Rückkehr zur Stabilität nach einer Krise.
- Aufgabe des Instruments für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit ist die nukleare Sicherheit, Strahlenschutz und Notfallplanung.

Die Themenprogramme der EU fördern die Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft und lokalen Behörden an der Entwicklungszusammenarbeit.

DER EUROPÄISCHE KONSENS ÜBER DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Der europäische Konsens über die Entwicklungspolitik besteht aus einem Rahmenwerk gemeinsamer Grundsätze, die der EU und ihren Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffnet, Entwicklungspolitik unter dem Gesichtspunkt der Komplementarität und Effizienz umzusetzen. Die EU überwacht dabei die Qualität der Entwicklungshilfe durch konkrete Ziele, die in der Pariser Erklärung (2005) und dem Aktionsplan von Accra (2008) international vereinbart und im Rahmen des hochrangigen Forums in Busan (Südkorea) überarbeitet wurden und schließlich in die Globale Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit (2011) mündeten.

Als Mitglied des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD DAC) ist die EU auch in internationalen Foren aktiv, um die Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Sie hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt, um die Wirksamkeit globaler Entwicklungshilfe zu erhöhen, und die Art und Weise der Erbringung von Entwicklungshilfe reformiert, um diese Ziele zu erreichen.

- Das vierte hochrangige Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit 2011 im südkoreanischen Busan wird als ein Wendepunkt in der globalen Entwick-

lungszusammenarbeit angesehen. Regierungsteilnehmer aus über 160 Ländern sowie von internationalen Organisationen entsandte Teilnehmer und Teilnehmer der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors einigten sich auf eine Reihe von Grundsätzen, Ziele und Verpflichtungen, um einen höheren Wirkungsgrad in der Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen. Es ging insbesondere darum, von der reinen Entwicklungs-»Hilfe« zu einem umfassenderen Ansatz überzugehen, der alle Akteure des Entwicklungssektors ins Boot holt. Die EU entschied, sich bei ihren unmittelbaren gemeinsamen Folgemaßnahmen auf zwei Initiativen zu konzentrieren:

- Ziel der Transparenzgarantie der EU ist die Bereitstellung international vergleichbarer Daten über Entwicklungshilfe, die aktuell und einfach zugänglich sind. Im Rahmen dieser Zielsetzung sind die EU Kommission und eine Reihe von EU Ländern dabei, den global vereinbarten Standard für die Veröffentlichung von Entwicklungshilfedaten umzusetzen und umfangreiche Daten darüber, wo und wie Entwicklungshilfe geleistet wird, fristgerecht bereitzustellen.
- Gemeinsame Programme sollen eine einheitliche europäische Antwort auf den Entwicklungsplan eines Partnerlandes ermöglichen, unter anderem durch Arbeitsteilung. Die EU und ihre Mitgliedstaaten legen zusammen fest, welcher Geber in welchem Sektor arbeitet. Das führt zu mehr Wirksamkeit und besseren Ergebnissen. Die EU übernimmt dabei die Rolle der Koordinatorin und Mittlerin. Die EU hat in mehr als 20 Ländern eine gemeinsame Programmplanung gestartet und plant deren Umsetzung in etwa 40 Partnerländern. Damit sind über 60 Prozent der durch EU Institutionen verwalteten, programmierbaren Hilfe für die Länder (Country Programmable Aid – CPA) abgedeckt.

Das erste hochrangige Treffen der Globalen Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit fand im April 2014 in Mexiko statt. Bei diesem Treffen wurde überprüft, inwieweit bezüglich der Selbstverpflichtungen Fortschritte zu verzeichnen sind, und Überlegungen angestellt, wie die Umsetzung der ambitionierten entwicklungspolitischen Ziele beschleunigt werden könnten. Das Treffen blieb hinter seinen Erwartungen zurück.

AUSBLICK AUF DIE ZEIT NACH 2020

Die globale Entwicklungsagenda wird im laufenden Jahr neu

adjustiert. Die UN-Millenniumsziele werden aktuell einer Bewertung unterzogen und neue Schwerpunkte für die kommenden Jahre festgelegt. Gleichzeitig startet die EU ihren Prozess der Neudefinition der künftigen Beziehungen zu den AKP-Staaten (»post-Cotonou«-Prozess). Dies bestimmt gleichzeitig die inhaltlichen Schwerpunkte der neuen Amtszeit der EU-Kommission.


Angesichts der Heterogenität der AKP-Gruppe besteht die wesentliche Frage wohl darin, ob privilegierte Beziehungen aufgrund der kolonialen Vergangenheit in einem globalen Szenario, das sich dramatisch geändert hat, noch immer sinnvoll sind. Auf der anderen Seite könnten die positiven Aspekte dieser Beziehungen dazu beitragen, die dominierende Entwicklungsagenda weiter zu formen. Die AKP-Staaten schätzen ohne Zweifel ihre Mitgliedschaft in dieser Gruppe und haben bereits detaillierte Reflexionen zu ihrer Zukunft begonnen. Dazu gehört etwa eine eigens geschaffene Botschafterarbeitsgruppe.

Im Rahmen einer Untersuchung der möglichen Szenarien der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU nach 2020 wird in einem Themenpapier des EU-Parlaments betont, dass das Ergebnis letztlich von einem politischen Prozess abhängt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Verhandlungspositionen der beiden Parteien sowie ihre mögliche Interaktion noch nicht klar definiert wurden. Drei verschiedene Szenarien wurden jedoch bereits jetzt detailliert untersucht:

- Die Auflösung der AKP und die Regionalisierung der EU-Beziehungen mit den derzeitigen Gruppenmitgliedern. Ein solches Ergebnis könnte auch das Ende des EEF bedeuten.
- Die Fortsetzung der AKP mit einer Stärkung ihrer regionalen Komponenten.
- Eine erweiterte AKP, die ihre internationalen Beziehungen diversifiziert und sich nicht auf die Partnerschaft mit der EU beschränkt.

In dem Themenpapier des EU-Parlaments wird darauf hingewiesen, dass über den EEF häufig gesagt wird, dass er bislang ein wesentliches Element der AKP-EU-Partnerschaft darstellte. In dem Dokument wird hinzugefügt, dass das Hinzukommen neuer Geber in die EU, laut einiger AKP-Akteure zu einer Abnahme der Attraktivität des EEF führen könne, während andere eine positive Bewertung der Bedingungen für die Auszahlung von EEF-Mitteln abgeben. Die Kommission argumentierte in

ihrer Mitteilung über den EEF aus dem Jahr 2013, dass die Position des EEF außerhalb des EU-Haushalts kein wesentliches Element für die Beziehungen mit den AKP-Staaten darstelle, und vertritt die Auffassung, dass diese Besonderheit in Bezug auf den Haushalt ein eher historischer Aspekt sei.

Der neue Kommissar für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Neven Mimica, betonte bei seiner Anhörung vor den Mitgliedern des Europäischen Parlaments, dass die Verhandlung eines Rahmens für die Zeit nach dem Cotonou-Abkommen und die Verbesserung der strategischen Partnerschaft der Union mit Afrika eine seiner Prioritäten darstelle. Zu diesem Zweck kündigte er seine Absicht an, 2015 eine umfangreiche Konsultation und einen Dialogprozess bezüglich des Rahmens nach dem Cotonou-Abkommen einzuleiten. Es wäre zu wünschen, dass sich eine möglichst breite Öffentlichkeit an diesem Prozess beteiligt. Dies böte auch die Gelegenheit, dass Europa den Umgang mit seiner kolonialen Vergangenheit neu definiert. Der Start der neuen EU-Kommission sollte auch dazu genutzt werden, die bisherige EZA-Praxis grundlegend zu überdenken und alte, traditionelle Verhaltensmuster zu überwinden. 

STEFAN BROCZA

ist Experte für Europarecht und Internationale Beziehungen.
Er lehrt an den Universitäten Wien und Salzburg.

Literaturhinweis

Latek M. 2014: The post-2015 development agenda. An innovative process for a conservative outcome? Europäisches Parlament: Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments

China, Delhi & Islamismus



Liao Yiwu
GOTT IST ROT

Der Friedenspreisträger Liao Yiwu reiste in die entlegensten Bergdörfer Chinas, um dort Menschen zu treffen, die seit vielen Generationen und allen Widrigkeiten zum Trotz an ihrem christlichen Glauben festhalten, und erzählt außergewöhnliche Lebensgeschichten: Ein Einblick in das Leben im Untergrund der größten verfolgten Minderheit Chinas, die es offiziell gar nicht gibt.

S. FISCHER VERLAG, 352 Seiten, 22,80 Euro

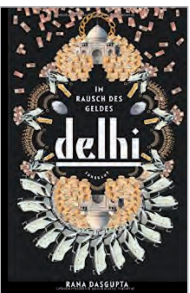


Mariana Mazzucato
DAS KAPITAL DES STAATES

Wann und wo immer technologische Innovationen zu wirtschaftlichem Aufschwung und Wohlstand geführt haben, hatte ein aktiver Staat die Hand im Spiel. Von der Elektrifizierung bis zum Internet – Motor der Entwicklung, oft bis zur Markteinführung, war stets der Staat.

Innovationen und nachhaltiges Wachstum, das derzeit alle fordern, werden also kaum von der Börse kommen.

ANTJE KUNSTMANN VERLAG, 320 Seiten, 23,60 Euro



Rana Dasgupta
DELHI

Dasgupta schildert die Welt hinter den Fassaden der scheinbar endlos nach oben weisenden Wachstumsraten. Er trifft Milliardäre und Slumbewohner, Drogendealer und Metallhändler, Sozialarbeiter und Gurus und stellt fest, dass in der Heimat seiner

Vorfahren heute vor allem eines regiert: das Geld. Ein Porträt einer Metropole im Rausch, das zugleich einen Vorgeschmack darauf gibt, wie die Stadt der Zukunft aussehen könnte.

SUHRKAMP VERLAG 2014, 462 Seiten, 25,70 Euro



Tilman Seidensticker
ISLAMISMUS

Der Autor erklärt, was Muslimbrüder, Salafisten, Wahhabiten und andere Strömungen voneinander unterscheidet, auf welche Vordenker sie sich berufen und mit welchen Mitteln sie operieren, um das Ziel einer islamischen Politik und Gesellschaft zu erreichen. Ein »Muss« für alle, die den islamischen Fundamentalismus und die Gefahr, die von ihm ausgeht, besser verstehen wollen.

C. H. BECK VERLAG, 127 Seiten, 8,95 Euro



Sarhan Dhouib (Hg.)
DEMOKRATIE, PLURALISMUS
UND MENSCHENRECHTE

Der arabische Frühling hat gezeigt, dass die Ideen der Demokratie, der Würde und der Freiheit weder Ideen des Orients noch des Okzidents, weder des Nordens noch des Südens sind, sondern die territorialen und kulturellen Grenzen überschreiten.

Der Demokratisierungsprozess in den Staaten des arabischen Frühlings ist jedoch mit vielen gesellschaftspolitischen und kulturellen Problemen konfrontiert.

VELBRÜCK VERLAG, 282 Seiten, 30,80 Euro



Hermann Parzinger
DIE KINDER DES PROMETHEUS

Wissenschaftlich nüchtern und zurückhaltend verfolgt der Prähistoriker Hermann Parzinger die Spuren des Menschen vom Australopithecus zum Homo sapiens. Er begleitet ihn auf seinem Weg durch alle Weltteile von dessen Urheimat Afrika; nimmt sich Zeit, die Einflüsse von Klima und Umwelt auf unsere Vorfahren zu erläutern; und würdigt ihre bewundernswerten Anpassungsleistungen.

C. H. BECK VERLAG, 848 Seiten, 41,10 Euro

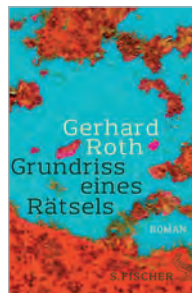
Frankreich, Kinder & Rätsel



Michel Houellebecq
UNTERWERFUNG

Der literarische »Aufreger«: Der Literaturwissenschaftler François forscht im Frankreich einer sehr nahen Zukunft zu dem dekadenten Schriftsteller Huysmans. Zugleich verfolgt er die Ereignisse um die anstehende Präsidentschaftswahl: Während es dem charismatischen Kandidaten der Bruderschaft der Muslime gelingt, immer mehr Stimmen auf sich zu vereinen, kommt es in Paris zu tumultartigen Ausschreitungen.

DUMONT VERLAG, 280 Seiten, 23,70 Euro



Gerhard Roth
GRUNDRISS EINES RÄTSELS

Ein Schriftsteller stirbt bei einer Gasexplosion in Wien, drei tschetschenische Flüchtlinge werden ermordet, eine Apothekerin versucht sich mit ihrem Kind gegen widrige Umstände zu behaupten, ein Schauspieler kehrt an den Ort seiner Kindheit zurück, eine Journalistin reist auf der Flucht vor sich selbst nach Japan, und ein alter Mann ist Augenzeuge, als 1902 in Venedig der Campanile einstürzt.

S. FISCHER VERLAG, 512 Seiten, 25,70 Euro



Cormac McCarthy
EIN KIND GOTTES

Ein früher, gewohnt düsterer Cormac McCarthy: Lester Ballard ist ein Ausgestoßener, einsam und gewalttätig. Als ihm nach und nach die Reste eines normalen Lebens abhanden kommen, wird er zum Höhlenbewohner, zum Serienmörder, schließlich zum Nekrophilen. Er gerät in Haft, in die Psychiatrie, in die Gewalt rachsüchtiger Männer. Lester Ballard ist »vielleicht ein Kind Gottes ganz wie man selbst.«

ROWOHLT VERLAG, 192 Seiten, 13,40 Euro



Thomas Wolfe
VON ZEIT UND FLUSS

Eugene, lebenshungrig und unerfahren, ist auf der Suche nach sich selbst, nach seinem Bestimmungsort in der Welt. In Harvard und im New York der Zwanzigerjahre sammelt er erste Erfahrungen, lernt zu lieben, zu erkennen, zu denken, sich von falschen Vorbildern loszusagen und sich dabei selbst treu zu bleiben. Bloß keine Erstarrung in Routinen, alles ist noch im Werden, in permanenter Umgestaltung.

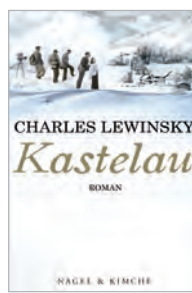
MANESSE VERLAG, 1200 Seiten, 41,10 Euro



Ian McEwan
KINDESWOHL

Ein 17-jähriger Junge, der an Leukämie leidet, benötigt dringend eine Bluttransfusion. Aber seine Familie – Zeugen Jehovas – lehnt das aus religiösen Gründen ab. Genauso wie er selbst. Doch ohne Transfusion wird er qualvoll sterben. Fiona Maye ist angesehene Richterin, bekannt für ihre Gewissenhaftigkeit. Kann sie jetzt, inmitten privater Schwierigkeiten, ihre kühle Professionalität bewahren?

DIOGENES VERLAG, 224 Seiten, 22,60 Euro



Charles Lewinsky
KASTELAU

Winter 1944. Die bayerischen Alpen sind trotz Krieg noch eine friedliche Gegend. Ein Filmteam der UFA setzt alles daran, sich dorthin abzusetzen. Unter einem Vorwand beschafft man sich den Auftrag für den vermeintlich kriegswichtigen Film »Lied der Freiheit«. In dem bald vom Schnee eingeschlossenen Bergdorf Kastelau wird das Drehen einer erfundenen Geschichte immer mehr zur erfundenen Geschichte eines Drehs.

NAGEL UND KIMCHE VERLAG, 398 Seiten, 25,60 Euro

JE SUIS CHARLIE

U4: Eigeninserat